



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1908

76 (14.2.1908) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-332309](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-332309)

General-Anzeiger



Abonnement

30 Pfennig monatlich.
Belegblätter 25 Pf. monatlich,
durch den Post bez. incl. Post
ausgleich Nr. 2.43 pro Quartal,
Eingel.-Nummer 3 Pf.

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Gefestete und verbreitetste Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbüros
in Berlin und Karlsruhe.

Telegramm-Adresse
„Journal Mannheim“
Telephon-Nummern
Direktion u. Buchhaltung 1443
Druckerei-Bureau (An-
nahme u. Druckarbeiten) 841
Redaktion 877
Expedition und Verlag-
buchhandlung 918

Nr. 76.

Freitag, 14. Februar 1908.

(Abendblatt.)

Die wirtschaftliche Gebung der Arbeiterbevölkerung.

Die von Richard Gallwey herausgegebene „Arbeitsmarkt-Correspondenz“ schreibt:

Eine Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs liegt hinter uns. Sie war nicht von so langer Dauer wie die, die 1895 einsetzte. Von 1895 bis 1900 war fast ein Jahr besser als das andere, während die letzte Aufschwungsperiode nur von 1904 bis 1907 dauerte. Unterbrochen waren die beiden Perioden wirtschaftlicher Entfaltung durch drei Jahre gewerblichen Rückganges. Im ganzen hat während der letzten dreizehn Jahre das Deutsche Reich einen wirtschaftlichen Aufstieg zu verzeichnen, wie wohl kaum ein zweites Land der Erde.

Da fragt man mit Recht, ob und in welchem Grade die deutsche Arbeiterbevölkerung an diesem Aufschwung teilgenommen hat. Vielfach wird eine solche Teilnahme bestritten, teilweise wird sie in beschränkter Weise zugewiesen, jedenfalls sollte es aber an einem genauen Ausdruck des Grades, mit dem die Arbeiterbevölkerung an den steigenden Erträgen unserer Erzeugung teilgenommen hat. Und doch besitzen wir die Möglichkeit, den Grad der wirtschaftlichen Gebung der industriellen Arbeiterchaft statistisch zu erfassen. Auf der einen Seite geben uns die Lohnnachweisungen der gewerblichen Berufsgenossenschaften Auskunft über die Bewegung des Lohnniveaus der Industriearbeiter, auf der anderen Seite können wir auf Grund der Warenpreise die Veränderungen der Kaufkraft des Geldes feststellen, wodurch sich dann ergibt, in welchem Grade die Kaufkraft der Arbeiterbevölkerung im Laufe der Jahre gewachsen ist. Die Lohnnachweisungen der Berufsgenossenschaften haben zwar durch Änderungen der Methode im Laufe der Jahre, hauptsächlich 1901, Modifizierungen erfahren, die den Vergleich von einem Jahre zum anderen nicht immer genau durchführen lassen, im großen und ganzen aber spiegeln sie die Bewegung des Lohnniveaus ziemlich genau wieder.

Aus diesen Lohnnachweisungen ergibt sich nun, daß im Durchschnitt aller gewerblichen Berufsgenossenschaften auf eine Arbeitskraft, die während 300 Tage im Jahre beschäftigt ist, im Jahre 1895 ein Jahresverdienst von 746,68 Mark entfiel. Diese Summe ergibt sich, wenn man die Zahl der Beschäftigten im Jahre 1895 auf Vollarbeiter reduziert. Diese Reduktion ist notwendig, da sonst für das Jahr 1895 ein zu niedriger Jahresverdienst sich ergeben würde. Für das Jahr 1906, für das die Nachweisungen der Berufsgenossenschaften erst vorliegen, berechnet sich die Jahreslohnsomme eines Vollarbeiters im Durchschnitt sämtlicher beschäftigten Arbeiter auf 1027,59 Mark. Das Durchschnitts-Lohnniveau hat sich also in den zwölf Jahren 1895—1906 um rund 281 Mark oder um 37—38 pCt. für die Industriearbeiter gehoben. Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß nicht alle Schichten der Arbeiterbevölkerung an dieser Lohnsteigerung im gleichen Grade partizipiert haben.

Es ist teilweise die Gebung der Löhne sehr stark hinter der durchschnittlichen Steigerung zurückgeblieben. Aber ausschlaggebend für die allgemeine Beurteilung muß eben in erster Linie der Durchschnitt sein, nicht die Abweichungen von ihm. Die Arbeit mag in der genannten Periode auch intensiver geworden sein — nichtsdestoweniger ist an einer Steigerung des Lohnniveaus in annähernder Höhe von 37—38 pCt. nicht zu zweifeln.

Die Höhe der Löhne ist aber für sich allein für eine wirtschaftliche Gebung der industriellen Arbeiterchaft nicht beweiskräftig. Es ist noch festzustellen, wie die Kaufkraft des Geldes sich in der angegebenen Zeit verändert hat. Diese Veränderung wird in der Weise festzustellen versucht, daß die Bewegung der Warenpreise seit 1895 verfolgt wird. Das darf aber nicht geschehen auf Grund eines arithmetischen Durchschnittes, der für die wichtigsten Waren berechnet wird, sondern indem der Preis jeder Ware in dem Verhältnis, in welchem die Ware tatsächlich konsumiert wird, in die Berechnung des Warenpreises eingezogen wird. Es ergibt sich alsdann, daß die Kaufkraft im Jahre 1895 mit 4 618,55 Mark anzunehmen ist, und daß sie bis zum Jahre 1906 sich bis auf 5 662,00 Mark steigerte. Die Kosten der Konsumiertheit haben sich in den zwölf Jahren um 1043,45 oder um 22,59 pCt. gehoben. Dieses Niveau der Warenpreise ist auf Großhandelsnotierungen basiert. Mühte aber ohne erhebliche Minderungen auch für die Bewegung der Preise im Kleinhandel zutreffen. Rechnet man unter Berücksichtigung einer noch etwas stärkeren Preissteigerung im Kleinhandel selbst mit 25 pCt. Erhöhung des Warenpreiseniveaus, so ergibt sich als Schlussresultat noch immer, daß in den zwölf Jahren 1895 bis 1906 das Lohnniveau der industriellen Arbeiterchaft sich um 12 bis 13 pCt. stärker erhöht hat als das Niveau der Warenpreise. Die Kaufkraft des Geldes hat um höchstens 25 pCt. abgenommen, der Durchschnittslohn für einen industriellen Arbeiter ist um mindestens 37—38 pCt. gestiegen; die Arbeiter haben den Konsum um durchschnittlich ein Prozent pro Jahr vermehrt resp. verbessert können.

Die Feststellung dieser Entwicklung darf die Arbeiter mit Befriedigung erfüllen und sie anspornen, weiterhin vorwärts zu streben.

Die Befriedigung über die erzielten Erfolge ist aber um so berechtigter, als in anderen Ländern die Arbeiterchaft in der nämlichen Zeit keineswegs gleiche Erfolge aufzuweisen hatte. Es liegt nämlich für die Arbeiterchaft in den Vereinigten Staaten von Nordamerika eine ähnliche Berechnung vor, die sich allerdings nicht auf ein so gutes Material stützt wie die Berechnung für Deutschland, die aber allein schon wegen ihres amtlichen Ursprungs Beachtung verdient. Danach liegt in den Vereinigten Staaten von Nordamerika das Lohnniveau von 1895 bis 1906 um 26,35, das Warenpreiseniveau um 18,30. Unter Berücksichtigung der veränderten Kaufkraft des Geldes beträgt also die Steigerung des Reallohnes in den Vereinigten Staaten nur ca. 8 pCt. gegen 12—13 in Deutschland. Da

in Deutschland also der Reallohn stärker zugenommen hat, so ist erfreulicherweise die Differenz zwischen dem höheren Lohnniveau in den Vereinigten Staaten und dem niedrigeren in Deutschland in den letzten zwölf Jahren etwas kleiner geworden.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 14. Februar 1908.

In Sachen Beamtenbefolgung.

Die nationalliberale Fraktion des Reichstags hat einen Ausschuss zur Vorberatung des Beamtenbefolgungsgesetzes und zur Entgegennahme von Wünschen der Beteiligten gewählt. Mitglieder sind und haben Referate übernommen die Herren Abg. Dr. Arning (Kolonien), Bez.-Seidelberg (Post), Dr. Conze (Verschiedenes), Dr. Görde-Brandenburg (Inneres), Graf von Oriola (Marine), von Schubert (Seeeresverwaltung), Schwabach (Reichseisenbahnen), Dr. Weber (Reichsbank). Zum Vorsitzenden des Ausschusses wurde bestimmt der Abg. Graf von Oriola.

Das System Wehner und der Fall Schnitzer.

Die „Augsb. Postz.“ interpretiert die Rede des bayerischen Kultusministers über die Stellung des Staates zu den katholischen Fakultäten. Danach ist es nicht die Ueberzeugung des bayerischen Kultus- und Staatsministers, daß der Staat bezüglich eines Theologieprofessors unter Umständen doch einmal zu einem anderen Urteil kommen könne wie die kirchliche Gewalt. Gegen dieses „Missverständnis“ nimmt das ultramontane Blatt den Staatsminister Dr. von Wehner ausdrücklich in Schutz. Der Minister habe sich nur die Prüfung der disziplinären Behandlung des Prof. Schnitzer in seiner Eigenschaft als Hochschullehrer vorbehalten:

„Mit anderen Worten: Der Staat nimmt einem solchen Professor nicht das Gehalt, sondern scheidet ihm seine prägnanteste Stellung. Dann erwägt er, ob er ihn in die philosophische Fakultät verpflanzen kann oder nicht. Niemand will einen Professor um das Brod bringen.“

Der Staat wird also zur Gehaltszahlung an den „Reger“ begnadigt. Um aber die theologische Fakultät komplett zu erhalten, wird er natürlich einen Ersatzmann stellen müssen, den er auch wieder besoldet. Und dies Spiel kann sich, so oft es den regierenden Prälaten in Rom oder den Denunzianten in München und Würzburg gefällt, erneuern; das Staatsrecht, die Volkrechte und die Würde des Staates wahr dann das Zentrum. Dies die Auffassung des führenden ultramontanen Blattes von dem Verfahren, das der Staat Bayern einzuschlagen hat und seines Grades auch einschlagen wird! Wie man da aber noch einen Unterschied zwischen Fakultät und Priesterseminar und zwischen einem Staatsminister und einem Kirchenratsminister heraussuchen will, ist wirklich unerfindlich.

Pariser Chronik.

R. K. Paris, den 10. Februar.

Bei den Bauarbeiten auf dem Terrain der ehemaligen Abbaye-au-Bois in der rue de Sévres ist vor einigen Tagen ein in ungewöhnlichem Maß vergrabenenes, weibliches Skelet aufgefunden worden.

Jedermal, wenn auf den Grundstücken ehemaliger Klöster oder Abteien gegraben wird, werden Reliquien, Gräber und Särge entbedt. Jebermann weiß, daß die geistlichen Orden früher die Bewilligung besaßen, ihre Toten bei sich zu behalten und auf dem eigenen Grunde zu begraben.

Die Auffindung eines weiblichen Skeletts auf den Gründen der alten Abtei au Bois hätte demnach durchaus nichts Auffälliges, ließen die sanfteren Begleitumstände nicht ein düsteres Geheimnis vermuten.

Der die Bauarbeiten leitende Beamte machte einem Reporter des „Matin“ hiesbezüglich folgende Mitteilungen:

„Wir stießen beim Graben zunächst auf zwei gut erhaltene Bleisärge. In dem ersten derselben befand sich ein in ein Leinwand eingehülltes Skelet. Der Kopf war mit einem wollenen Tuch bedeckt. Als wir diese menschlichen Reste heben wollten, gewahrten wir mit Schrecken, daß der Kopf in zwei Teile zerlegt war, und zwar mit einer solchen Genauigkeit, daß das Gesicht einen förmlichen Dackel zum Rest des Hauptes bildete.“

Im zweiten Sarge waren vier Bleiberger zu Seiten des Toten platziert.

„Das waren ja immerhin interessante Funde; allein es wartet unser eine noch viel sonderbarere Ueberfindung.“

Als wir den Graben entlang gingen, der zur Kloakenabnahme der neuen Bauten bestimmt ist, stießen wir auf einer Stelle, die kaum einen Meter an Tiefe betrug, auf eine Schicht ungeklärten Kalks. Innerhalb dieser Schicht befand sich, unversehrt, das Skelet einer Frau, die noch ihr volles Haar besaß, das Haar mit einem Kamm geschnitten war. Der Kamm unge-

wöhnlich Kalks dürfte wohl an fünfzig Kilo betragen. Dadurch erscheint es erklärlich, daß die Verwesung trotz der geringen Erdtiefe nicht verpüht und daß das Fleisch des Körpers total zerstört wurde. Meiner Ansicht nach datiert diese Begrabung erst wenige Jahre her.“

Das Skelet wurde einstweilen in die Katafomben überführt und da die Administration nur die Aufnahme von Gebeinen bewilligt, so blieben Haar und Kamm der Toten in der rue de Sévres zurück. Der „Matin“ hat sich in den Besitz dieser Dinge gesetzt und unternimmt nun, unbefangenen durch die inzwischen eingeleitete gerichtliche Untersuchung auf eigene Faust eine Enquête über den mysteriösen Fund.

Er hat zunächst das Haar von medizinischen Autoritäten und Haar Spezialisten prüfen lassen, die einstimmig erklärten, daß die Begrabung des Leichnams höchstens auf 4 Jahre zurück datiert werden kann, daß aber ein noch viel näher gelegener Zeitpunkt nicht ausgeschlossen erscheint, da ein großer Teil des wachstollen Haars trotz der zerstörenden Einwirkung des Kalks noch weich und ähnelnd, also lebendig ist. Man könne sogar das Haar im Haar noch unterscheiden. Alles deutet darauf hin, daß die Tote ihr Haar sorgfältig gepflegt und daß sie im Alter zwischen 20—40 Jahren (nicht höher) gestanden habe.“

Interessant sind auch die Angaben der befragten Kammfabrikanten. Nach Ansicht dieser Sachverständigen kann der Kamm höchstens 3—4 Jahre alt sein. Es ist jedenfalls ein echter Schildkrötenkamm neuester Fabrikation, wie solche nicht in Frankreich, vielmehr in Wien und Neapel gefertigt werden. Sein Preis betrage ungefähr 15 Francs. Es sei anzunehmen, daß die Person, die ihn getragen, in sehr guten Verhältnissen gelebt habe; denn nur wenige Frauen, selbst unter den Reichen, bedienen sich echter Schildkrötenkämme. Der fragliche Kamm habe übrigens eine leicht hölzerne Reparatur; der fünfte Zahn bestehe aus anderem Schildkröten- und sei auch etwas breiter an seiner Basis als die übrigen Zähne. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß dieser mysteriösen Eingeburgung ein Ver-

brechen unterliegt. Die eingeleitete gerichtliche Untersuchung dürfte Licht in die Sache bringen.

Inbessen hängt die öffentliche Meinung an, die öffentliche Meinung zu beschäftigen, die Gemüter zu erregen und es werden allerhand Reflexionen laut.

Die Abtei ist im Jahre 1640 für die Schwestern des Annunziatenordens gegründet worden. Im Jahre 1663 nahmen die Schwestern der Bernhardinerordens davon Besitz. Sie brachten den Titel Abbaye-au-Bois mit, was sie vom Papste und vom König die Autorisation erlangt hatten. Das war nämlich der Titel ihrer früheren Abtei in der Diözese von Rogon, welche während der Franzosenriege zerstört worden war. In der Abbaye-au-Bois blieben sie nun, bis die Revolution sie daraus vertrieb.

Ein gewisser Lepine kaufte das Grundstück vom Staate zurück und machte im Jahre 1806 damit eine Schenkung an die Schwestern der Abtei au Bois, deren Mutterhaus sich auf dem Montmartre befand. Als neuerdings die Ausweisung der Schwestern aus der Abtei au Bois erfolgte, befanden sich vierzehn unter ihnen, die authentische Beweise vorweisen konnten. Der Staat überließ ihnen daraufhin einen Teil der Abtei als Wohnsitz, den sie auch noch bis auf den heutigen Tag besaßen.

Die Schwester-Verwalterin gab einem Interviewer bezüglich des mysteriösen Leichens folgende Auskunft: „Wir wählten, daß unterhalb der Kirche sich einige Särge befanden, ebenso wie im angrenzenden Garten. Das waren die Leichen der Nonnen der Abtei. Doch seit der Revolution ist hier niemand mehr begraben worden. Wir haben das Haar und den Kamm gesehen, die bei dem Skelet aufgefunden wurden und wir sind die ersten, die davon erstahmt sind. Man hat uns gefragt, ob wir diese Ueberreste behalten wollten, doch wir haben uns auf das Entscheidende dagegen verwahrt. Das sind Dinge, die jedenfalls nicht einer Nonne angehören. Denn wir bedienen uns nie der Stockkämme.“

oc. Vom Bodensee, 12. Febr. Die Vereinigung zur Förderung des Verkehrs auf dem Untersee, Rhein und Umgebung hat sich nunmehr in aller Form gebildet und ihre Sitzungen festgesetzt. Der Verein erstrebt folgende Ziele: Hebung der Verkehrsverhältnisse auf dem Untersee, Rhein und Umgebung, Erhaltung und Zulänglichkeit landwirtschaftlicher Sonderwirtschaften und Schöpfereien und die Schaffung von zwei Auskunftsstellen in der Schweiz und in Baden. Zum Vorstand der Vereinigung ist Geheimrat Dr. Gross in Konstanz gewählt worden. Die übrigen Mitglieder des Vorstandes gehören teils der Schweiz, teils Baden an.

Gerichtszeitung.

§ Mannheim, 12. Febr. Strafkammer I. Vorsitzender: Landgerichtsrat Lettner. Vertreter der Groß-Staatsbehörde: Staatsanwalt Gunzert.

Die Tagelöhner Josef Satter aus Eckenlofen und Karl Franz aus Priesenheim stahlen im November und Dezember v. J. aus der Heymann-Halle im Industriehofen Moos im Werte von 22 Mark und Gerste im Werte von 160 Mark. Ihre Abnehmerin war die verehelichte Anna Frey, welche die Frucht ihren Löhnern veräußerte. Der schon mit Buchthaus verurteilte Satter wird wiederum zu Buchthaus verurteilt, diesmal zu 2 1/2 Jahren, Franz zu 3 Jahren 4 Monaten Gefängnis. Beide verlieren aufheben die Ehrenrechte auf fünf Jahre. Die Ehefrau Frey wird von der Anklage der Hehlerei freigesprochen.

„Wenn du mir jetzt mein Geld nicht gibst, dann seht's Diebe. Vorher laumst du nicht noch Ludwigshofen“, sagte am 16. August v. J. in der Mittelstraße der 36 Jahre alte Tagelöhner Leonhard Schmitt zu dem Kaufmann Karl Gebhard, an den er noch eine Forderung für Ankauf von Holz zu haben glaubt. Vom Schöffengericht wurde Schmitt wegen Rötigung zu einer Geldstrafe von 5 Mark verurteilt. Seine Berufung gegen dieses Urteil wird als unbedeutend zurückgewiesen.

Der 30 Jahre alte verheiratete Tagelöhner Josef Kumpf aus Hirschhorn hat sich mehrfacher Vergehen gegen den Eigentumsparagrafen 176 schuldig gemacht. Es wird auf 10 Monate Gefängnis und Verlust der Ehrenrechte auf 3 Jahre erkannt. Bert.: R.-A. Dr. Köhler.

Die Unbrauchbarkeit der neuen Verordnung über den Verkehr mit Automobilen wollte eine Berufung dartun. Nach § 67 Biffer 2 a dieser Verordnung sollen in Straßen, durch welche die elektrische Straßenbahn geht, Automobile keine höhere Schnelligkeit als 10 Kilometer die Stunde ermitteln dürfen. Zur Kontrolle sind die Schupmannsposten an der verkehrsreichsten Straßenkreuzung am Pölder Hof, mit Stoppschilden ausgerüstet. Am 9. Oktober v. J. stellte ein Schupmann fest, daß der Chauffeur des Kaufmanns Reichenburg, Daniel Freund, den er am gleichen Tage schon zweimal mit übermäßiger Schnelligkeit fahrend gesehen hatte, die Straße von der Kreuzung der Planten bei D 5 - E 5 bis Pölder Hof in 43 Sekunden zurückgelegt hatte, was einer Stundengeschwindigkeit von über 20 Kilometer entspricht. Freund erhielt deshalb ein Strafmandat in Höhe von 8 Mark oder 2 Tage Haft. Er beantragte gerichtliche Entscheidung, doch kam das Schöffengericht zu einer mäßigen Strafe. Heute lag nun Freund's Berufung vor. Sein Verteidiger (Rechtsanwalt Hofenfeld jr.) behauptet, es sei unmöglich, die Schnelligkeit eines auf einen zukommenden Fahrzeuges festzustellen, da ja der Anfangspunkt der Kontrolle nicht genau bestimmt werden könne. Eine so geringe Geschwindigkeit, wie 10 Kilometer, was dem doppelten Maß des Infanteriemarsches entspricht, könne ein Automobil gar nicht einhalten, ohne rauch zu funktionieren, Karlen Rauch und übermäßigen Lärm zu entwickeln. Der Angeklagte habe sich nach der Geschwindigkeit der Droschken und anderer Fuhrwerke gerichtet und sei von der Elektrischen überholt worden. Die Automobillordnung seiner anderen größeren deutschen Stadt begrenze die zulässige Geschwindigkeit auf 10 Kilometer, sondern fast überall sei die Rede von der Geschwindigkeit eines trabenden Pferdes. Das Automobil sei doch auch zugelassen ein Verkehrsmittel. Auch sei es einem Chauffeur unmöglich, zu empfinden, ob er die zulässige Geschwindigkeit überschreite oder nicht. Die Verteidigung hatte zum Beweis ihrer Behauptungen die Vernehmung eines Sachverständigen angeboten, doch lehnte das Gericht den Antrag ab, da schon in der ersten Verhandlung ein Sachverständiger vernommen worden sei. Die Berufung wurde verworfen. Man hielt die Feststellung des Schupmannes für einwandfrei. Doch es müßte sei, ein Automobil auf der in Frage kommenden Straße zu beobachten, sei dem Gericht aus eigener Kenntnis einleuchtend. Die Frage, ob die Bestimmungen über das Automobil, der Konstruktion der Maschinen und dem Verkehrsbedürfnis genügend Rechnung tragen, habe das Gericht nicht zu untersuchen, sondern es habe nur das Gesetz anzuwenden.

Eine nicht uninteressante Verleumdungslage beschäftigte das hiesige Landgericht als Berufungssache. Auf dem Acker eines gewissen Pöbler in Käfertal war Kraut gestohlen worden. Am 12. Oktober vor. J. beobachtete der Feldhüter Konrad Steinhahn mit einem Fernglas, daß eine Frau in der Gegend des Pöblers Acker über das Feld ging und sich Hiers bückte. Er pärrichte sich heran und überprüfte die Frau mit der Verleumdung, sie habe Kraut gestohlen. Als die Frau sehr ernstlich widersprach, indem sie bemerkte, da sei er an die Mächtige gekommen, zählte er die Krautspäße, welche die Frau schon abgeerntet hatte und verglich die Summe mit jener der gekniffenen Kohlrutten, wobei sich nach seiner Ansicht ergab, daß für die vorhandenen 40 Krautspäße sich auf dem Acker der Frau nur 28 fertige Stumpfen fanden, während die übrigen auf dem Pöblerschen Acker zu finden waren. Die Frau bestritt die Mächtige dieser Zählung, auf ihrem Acker seien genau so viele Stumpfe, als sie Krautspäße abgeerntet habe. Es gab eine erregte Auseinandersetzung und ein in einer Entfernung von einigen hundert Meter arbeitender Mann hörte noch, wie der Feldhüter die Frau des Diebstahls beschuldigte und ihr mit einem Strohzettel drohte. Die Frau, die durch diese Geschichte ins Gerede kam, verweigerte den Feldhüter wegen Verleumdung. Das Schöffengericht erkannte auf eine Geldstrafe von 10 Mark. Obwohl schon in der ersten Verhandlung sich gezeigt hatte, daß die Behauptung des Feldhüters auf ziemlich wackeligen Beinen stand, blieb er auch heute darauf bestehen, daß er sich nicht geirrt habe. Die Gegenpartei bestritt ihm den guten Glauben, er habe dafür Vergeltung üben wollen, daß er vor einigen Jahren mit einer Anzeige gegen den Mann der Verleumdung nicht durchgebrungen war. Das Gericht kam zu einer Freisprechung, da der Feldhüter offenbar guten Glaubens gewesen sei. Die Frau hatte R.-A. Tilleßen, den Rechtsanwalt R.-A. Dr. Kay vertreten.

Mit Urlaub verpaid der 18 Jahre alte Schneider Wilhelm Kuhale aus Gemmingen einen guten Dienst, den ihm ein Landmann, der Schneidermeister Ernst Berner, erwies, indem er ihn für ein paar Tage aufnahm. Kuhale stahl dem Manne

eine Taschenuhr im Werte von 25 Mark und verübte sie um 3 Mark. Wegen seiner nicht geringen Vorkrafen lautet das Urteil gegen Kuhale auf fünf Monate Gefängnis.

Badischer Landtag.

(Von unserem Karlsruhe Bureau.)

1. Kammer. - 5. Sitzung.

Karlsruhe, 14. Febr.

Präsident Prinz Max eröffnet 10 Uhr vorm. die Sitzung.

Am Regierungstisch Staatsminister Freiherr v. Dusch, Präsident des Finanzministeriums Geh. Rat Jonzell und Regierungskommissare.

Nach der Bekanntgabe der neuen Einkünfte wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zunächst wird folgende

Interpellation

der Freiherren von La Roche-Starckenfels und v. Goeler beraten:

„Ist der Großherzoglichen Regierung bekannt, daß an dem staatlichen Neubau des Lehrerseminars in Heidelberg-Neuenheim während des Jahres 1907 in zwei Fällen seitens der Bauleitung Arbeiter lediglich deshalb entlassen worden sind, weil sie christlich-national organisiert waren.“

Welche Maßregeln gedenkt die Großherzogliche Regierung zu ergreifen, um gleiche Vorkommnisse für die Zukunft zu vermeiden?“

Freiherr von La Roche begründet die Interpellation, und legt die dieser Interpellation zugrunde liegenden Tatsachen dar. Das Vorkommnis habe ein gerichtliches Nachspiel gehabt, durch welches eigentlich die Interpellation überflüssig geworden sei. Man hätte die Interpellation zurückgezogen, wenn dies nicht wie ein Rückzug ausgefallen hätte. Der Wiederholung solcher Fälle sollte unbedingt vorgebeugt werden. Die Unternehmer von Staatsbauten sollten von der Regierung in Kenntnis gesetzt werden, daß sie es in ähnlichen Fällen zum Streik kommen lassen sollten, als christlich organisierte Arbeiter zu entlassen. Das Vorkommnis zeige, wie nötig die Schaffung von Arbeitskammern sei. Wenn diese errichtet worden sei, sollte auch ein Vertreter derselben in der 1. Kammer Platz nehmen.

Staatsminister Frhr. v. Dusch erklärt namens der Regierung, daß in dem vorliegenden Falle ein Strafverfahren stattgefunden hat, das von ihm veranlaßt worden sei. Es hat sich in diesem Falle ergeben, daß die Bauleitung nicht in der Lage war, irgendwie einzugreifen. Unternehmer der Bauarbeiten war eine Heidelberger Firma, gegenüber welcher die Bauleitung nur beschränkte Rechte hat. Der Bauleitung steht unter gewissen Fällen das Recht zu, Arbeiter zu entlassen, allein diese Fälle sind in den Bauverträgen näher festgelegt. Ein solcher Fall lag jedoch hier nicht vor. Der Baufirma wurde erklärt, daß die sozialdemokratischen Arbeiter streifen würden, wenn die christlich organisierten nicht entlassen würden. Der Unternehmer ist vielleicht nicht energisch genug gegenüber den Sozialdemokraten aufgetreten. Zu erwägen wird sein, ob nicht eine Bestimmung in die Bauverträge aufgenommen werden kann im Sinne des Interpellanten. Die Regierung behauptet den Fall lebhaft, sie hat alles getan, was nötig war, nach der strafrechtlichen Seite; sie wird erwägen, ob nicht durch Aufnahme von Bestimmungen in die Bauverträge ähnlichen Vorfällen vorgebeugt werden kann.

Schupmannsmeister Bea behauptet, daß die Unternehmer die christlich organisierten Arbeiter nicht besser geschützt haben. In ihren Forderungen seien die christlich- und freigeorganierten Arbeiter gleich. Wenn Bestimmungen im Sinne des Interpellanten in die Arbeitsverträge aufgenommen würden, so müßten die Folgen eines Streiks von der Regierung getragen werden.

Auf der Tagesordnung steht alsdann die allgemeine Finanzdebatte.

Freiherr von Goeler

nimmt das Wort als Vorsitzender der Budgetkommission. Wir können nicht liegen über eine schlechte wirtschaftliche Lage; das Aufblühen in Industrie und Gewerbe deutet nicht auf eine Überproduktion. Man kann eher sagen, daß eine Überproduktion an Unternehmungen stattgefunden hat, jedoch ein Weltmarkt eintritt und der Diskont steigt. Nachdem ich 30 Jahre lang jedes Jahr über den Stand der Landwirtschaft jammern mußte, so kann ich heute mit großer Freude sagen, daß jetzt der Stand der Landwirtschaft ein recht guter ist. Es ist vielleicht recht unvorsichtig für einen Agrarier, das zu sagen; aber wenn das Herz voll ist, das geht der Mund über. Das Gewerbe wird immer großen Nutzen aus der Landwirtschaft ziehen; sie ist kaufkräftiger geworden. Es ist nicht der Fall, daß die Verbesserung der Lage der Landwirtschaft auf den Ballast zurückzuführen ist. Sie ist auf die Ausdauer und Arbeitsfreudigkeit der Bauern zurückzuführen. Mit Freude ist zu begrüßen, daß im vorliegenden Budget die Einnahmen stärker zuzulegen sind als die Ausgaben. Betriedigend erscheint auch die Stellung der Vermögenssteuer, die tatsächlich eine Entlastung des hohen Landes gebracht hat. Ich behauere, daß der Oberbürgermeister von Mannheim nicht mehr hier ist, sonst würde ich ihm gratulieren, daß Mannheim die höchste Vermögenssteuerumwe entrichten kann. Wenig befriedigend ist der Stand der Eisenbahnschuldentilgungskasse. Die Schuldzinsen betragen über 18 1/2 Mill., die Tilgungsquote über 8 Mill. M., zusammen 27 Mill. Mark. Das ist aber nicht weiter weit entfernt von 30 Mill., dem Gesamtbetrag der Reineinkommen anderer Eisenbahnen. Es ist fraglich, ob in Zukunft die Eisenbahneinnahmen noch mehr gesteigert werden können. Die Finanzlage im Reiche ist eine recht traurige. Die Bedürfnisse sind kolossal angewachsen; den Anforderungen wird zu wenig Widerstand entgegengesetzt. Auch auf dem Gebiete der Beamtengehältersteigerungen zeigt die Regierung subiel Weisheit. Die zwei Millionen Mark „Staatssubvention“ zur Eisenbahnschuldentilgungskasse, die heute in Bezoff kommen sollen, werden recht bald wieder nötig sein. Ich bin bogegen, daß die ganze Last der Gehaltserhöhungen auf die Einkommenssteuer abgewälzt werden. Es sollte der Fuß der Vermögenssteuer auf 12 Pfg. erhöht werden, denn es würde nichts schaden, wenn im Volke bekannt würde, wie die Wirtungen der Erhöhungen der Beamtengehälter ausfallen. So wie heute die Einzelstaaten vom Reiche belastet werden, kann es nicht weiter gehen. Deshalb besonders, weil das Reich nun auch an den Steuerquellen schöpfen will, an denen bisher nur die Einzelstaaten schöpften. Die Regierung

solte mit allem Nachdruck sich gegen die Einführung direkter Reichsteuern stellen. Der Finanzminister hat in der 2. Kammer davon gesprochen, daß man über die Verschärfung der Reichsberufsteuer wohl reden könne. Nun, ich lasse darüber nicht gerne mit mir reden. Der Staat hat die Aufgabe, das Volksermögen zu kräftigen, hier soll es aber gerade beschnitten werden. Es wäre ganz unerhört, wolle man dem Vorschlage des Justizrats Bomberger folgen und den Kreis der Inhabenden beschränken. Damit würde 1/2 Million Volksermögen einfach kassiert. Die Veredelung der Matrularbeiträge wird sich schwer durchführen lassen. Zusagen würde mir eine Verstärkung der indirekten Steuern. Der Tabak muß verbessert werden; es gibt keinen zweiten Gegenstand, der sich so zur Besteuerung eignet. Wäre ein Tabakmonopol erreichbar, so wäre mir das auch lieb. Der Jigartengenuß wird nicht abnehmen. Bezüglich der Branntweinsteuer nehme ich an, daß unsere Referatsrechte bezüglich der Kleinbrennerei gemindert werden. Man könnte noch recht gut besteuern die ausländische Wertpapiere. Dadurch würden unsere deutschen Staatspapiere einen besseren Kurs gewinnen. Auch möchte ich die Möglichkeit eines Petroleummonopols betonen. Weiter sollte man einen Exportzoll auf die Steinkohlen und die Kalksteine legen. Ich glaube, wenn man nur einmal ernstlich will, wird man auch bald auf neue Reichseinnahmen gelangen. Es ist bemügend, daß sich bei jedem neuen Steuerprojekt ein Sturm der Entrüstung erhebt. Freilich ist es etwas anderes, wenn ein nationaler Mann spricht. Götterlich kommen wir recht bald wieder zu einem blühenden Zustand unserer Finanzen.

Geh. Kommerzienrat Koelle:

Als günstiges Zeichen für unser Budget ist anzufassen, daß der ordentliche Etat mit einem Ueberschuß von 2 Mill. M. abschließt. Verursacht werden muß demgegenüber, daß wir uns in einer rückwärtigen Bewegung befinden. Denn oder wird das Budget ungünstig beeinflusst durch die Lage der Reichsfinanzen und durch die Mehrausgaben der Beamtenverlägen. Das Reich sollte auf neue indirekte Steuern hingewiesen werden; ich halte den Tabak und den Branntwein wohl für besteuerbar. Direkte Reichsteuern wären ein bedenklicher Eingriff in die Finanzhoheit der Einzelstaaten. Empfehlenswert wäre der Weiterausbau der Reichsberufsteuer, die prosentual abgehoben werden könnte. Es ist nur zu begrüßen, daß die Regierung eine Verbesserung der Beamtengehälter vorschlägt. Woher sollen jedoch die erforderlichen Mittel genommen werden? Eine Kürzung oder gänzliche Stillierung der Dotation der Eisenbahnschuldentilgungskasse ließe sich wohl gegenwärtig rechtfertigen; allein es ist dabei zu bedenken, daß wir uns in einer rückläufigen Konjunktur befinden und die Eisenbahnschuld weiter wachsen wird. Eine Schuldenpolitik zu inaugulieren, könnte ich keinesfalls empfehlen. Es ließe sich höchstens die Oberbeinregulierung auf Anleihen übernehmen, aber es empfiehlt sich das bei einer solchen kleinen Summe nicht und kann auch nicht angesichts der Lage des Geldmarktes. Es ist überaus bedenklich, daß der Kapitalmarkt in solchem Maße vom Staat in Anspruch genommen wird. Es wird dem Volke am besten gedient, wenn von einer Schuldenpolitik abgesehen wird.

Freiherr von Biedlin

geht auf die finanziellen Beziehungen des Reiches zu Baden näher ein. Dem Urteil der Vorredner über die direkten Reichsteuern kann ich mich nur anschließen. Die Gefahr ist keineswegs eine theoretische angesichts der neuesten Nachrichten über veränderte Konstellationen im Reichsgeldmarkt. Biedlin soll es führen, wenn auf die Einzelstaatssteuern noch Reichsteuern aufgedrückt werden, und wenn ein Kataster zugleich zwei Herren dienen soll? Die Fortentwicklung der einzelstaatlichen Finanzen wird unmöglich, die Finanzhoheit der Einzelstaaten fällt fort und bald auch die politische Selbständigkeit. Diep olitische Existenz unserer Einzelstaaten ist nötig, wenn die Kulturaufgaben weiter in gleichem Maße gefördert werden sollen.

Geh. Rat Dr. Bärklin:

Die gute Seite des vorliegenden Budgets besieht darin, daß die Einnahmen sich gesteigert haben, die schlechte Seite aber darin, daß die Ausgaben sich in noch stärkerem Maße gesteigert haben. Die gesteigerten Ausgaben haben ihren Grund wohl in dem gesteigerten Volkswohlstand. Der Betriebsjahrbetrag jetzt 3,4 Mill. M., das ist aber sehr notwendig, denn er stellt in neue die Lage unserer Finanzen dar. Es ist zu hoffen, daß er auf die frühere Höhe zurückkehrt. Der persönliche Aufwand, der mit 40,1 Mill. = 43,7 Prozent des Gesamtanwandes normiert ist, hat sich seit dem letzten Budget um 4,2 Prozent gesteigert. Es sind nicht weniger als 12970 neue Beamtenstellen für Baden angefordert, Baden hat insgesamt 19000 Beamten, Preußen müßte demgegenüber 220000 Beamten haben, es hat aber in Wirklichkeit nur 21100. Preußen kann infolgedessen seine Beamten besser bezahlen. Ich glaube, unsere neuere Gesetzgebung fürdet den Beamten zuviel auf; auch ist das Volk zu sehr geneigt, bei jeder Kleinigkeit gleich nach Staatshilfe zu rufen. Es wird in unserem Lande zu viel verordnet und gedruckt; es geht auch anders und besser. Die individuelle Verantwortlichkeit wird dadurch abgeschwächt; aber immer ist die Grundlage eines gesunden Staatslebens. Von der Schweiz könnten wir in der Selbstverwaltung sehr vieles lernen. Die Opfer für die Erhöhung der Beamtengehälter bringen wir gerne. Es erscheint mir nicht zweckmäßig, jetzt die Fleischsteuer anzuhoben. Der Zeitpunkt ist sehr schlecht gewählt. Nun sagt man in der zweiten Kammer zur Regierung: Woher die doch Schulden!

Die Frage der Anleihenpolitik ist ja sehr diskutabel; Schlagworte sind dabei sehr gebräuchlich. Es ist für unser Land durchaus am angemessensten, wenn wir der Anleihenpolitik uns fernhalten. Schon Polonius hat gesagt: „Wozu beist du der Wirtschaft Spitze an.“ Wenn der Dotationsausfluß zur Eisenbahnschuldentilgungskasse bisher total aufgebraucht werden mußte, so ist es doch mit der Realisiertheit der Eisenbahnen nicht weit her. Er müßte Zins- und Amortisationsüberschüssen mittragen helfen. Ich halte es auch für bedenklich, diese Dotationen jetzt fallen zu lassen. Das heißt doch nichts anderes, als die Ausgaben für die Beamtengehälter auf Anleihen indirekt übernehmen. Und sind wir denn vor Defizitjahren in Zukunft so sicher? Wir können den Finanzminister nur befehlen, hier Vorsicht zu üben; da kann-dell er in den Spuren seiner bedeutenden Vorgänger Wuchsenberger, Schütter und Kästli. In dieser Hinsicht liegen auch die Zeugnisse vieler Oberbürgermeister vor, die ja heute besonders beweiskräftig sind. In den Gemeinden gibt es ja tatsächlich Fälle, wo sie anders handeln müssen als der Staat. Die Regierung möge sich jederzeit für eine Weichheitsmittelgemeinschafft einsetzen, wodurch endlich die Bestimmungen der Reichssteuerung erfüllt werden. Es liegt eine solche Gemeindschaft oder auch im Interesse des Reiches. Es ist aber auch merkwürdig, daß der Deutsche im ganzen Reiche 4. Wogenklasse führt und erst an den Grenzen des badischen Staates an seine Reichswürde gewahrt wird. Es ist höchste Zeit, daß wir aus diesen grotesken Zuständen herauskommen, mit denen wir uns vor der ganzen Welt lächerlich machen. Man hat hier von einer Veredelung der Matrularbeiträge gesprochen. Der Hauptnachteil der Matrularbeiträge, die unhöflich, wäre

damit noch nicht befreit. Man muß die Kontraktbeiträge von Grund aus reformieren, allein die Reform würde eine Verzögerung der Kontraktbeiträge bringen. Der Verstoß würde es erschweren, wenn diese Beiträge ganz dreierlei wären. Dahn können nur aber nur kommen, wenn nur das Reich auf eigene finanzielle Höhe stellen. Sie haben heute einen Zustand, der die Vertiefung des Reichsgeldbedarfs hindert. Es ist bedauerlich, daß das Reich nicht mehr weiß, während sich der Volkswohlstand gehoben hat. Das Hebergeissen des Reiches auf direkte Steuern möchte ich solange als möglich vermeiden wissen, solange wenigstens, bis kein anderes Mittel mehr verhängt. Direkte Reichsteuern würde die Verzögerung noch größer machen, wenn die Einzelstaaten und die Gemeinden nicht mehr wissen, woher sie ihre Einnahmen nehmen sollen. Die direkten Steuern sollten den Einzelstaaten vorbehalten bleiben. Mit einer Heranziehung des Branntweins erkläre ich mich durchaus einverstanden. Ich halte es für außerordentlich bedauerlich, daß man um den Tabak herumgeht, wie die Rüge um den heißen Brei. Der Tabak ist ein Zuggegenstand, der bei uns relativ sehr gering besteuer ist. Dazu kommt noch, daß der Tabak gegenüber anderen Verbrauchsgegenständen ganz gering belastet ist. Zucker und Salz sind viel höher besteuer. Was sind das für Widerbrüche! Man sagt, der richtige Moment zur Bekämpfung sei verpöht. Das ist die neuere Formel der Gegner der Tabaksteuer. Warum ist der richtige Zeitpunkt verpöht? Weil durch eine Steuer eine ganze Reihe kleiner Betriebe ruinieren würden. Diese Behauptung ist aber nicht richtig. Es ist auch nicht richtig, daß durch die Steuer von 1879 der Konsum an Tabak zurückgegangen ist; es haben damals auch keine Arbeiterentlassungen stattgefunden. Ohne Opfer geht es leicht nicht ab, wenn dem Reiche aus seiner Not geholfen werden soll. Ich habe mich gefreut, daß sich die Bundesratskammer für die Tabaksteuer ausgesprochen hat. Die Industrie wird nicht eher Ruhe haben, bis der Tabak befreit worden ist.

Darauf wird 1/2 Uhr die Debatte abgebrochen. — Nächste Sitzung: heute nachmittag 4 Uhr: Fortsetzung der Debatte.

Von Tag zu Tag.

Wiesbaden, 14. Febr. Im städtischen Krankenhaus starb gestern infolge einer Epioplegie die 74jährige Schauspielerin Hanna Gerold vom Wallballtheater. Wahrscheinlich hat sie die Tat aus Schwermut begangen.

Hodensee-Dampfschiffahrt, Konstanz, 14. Febr. Wegen erneuter Eisbildung ist die Dampfschiffahrt auf dem Untersee wiederum eingestellt worden.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Karlsruhe, 14. Febr. Die gestrige General-Versammlung des national-liberalen Vereins in Achen beschloß unter Vorsitz des Kaufmanns Volk, der bei den letzten Reichstagswahlen als Kandidat der vereinigten Liberalen gegen das Zentrum in einem scheinbar aussichtslosen Wahlkreis verblüffend gut abschnitt, die Gründung eines liberalen Volksvereins zu unterstützen. Der Beschluß läuft lt. „Fr. Zig.“ praktisch auf eine Umwandlung des national-liberalen Vereins in einen liberalen Volksverein hinaus.

München, 14. Febr. Der Finanzausschuß der Abgeordneten-Kammer unternahm gestern einen Ausflug in das Bergwerk Weissenberg und wurde vom Finanzminister v. Pfaff geführt. Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Berno, glitt dabei lt. „Fr. Zig.“ von einer Leiter und zog sich eine schmerzhaft, stark blutende Wunde am Kopfe zu.

Hottensburg, 14. Febr. Zum Besuche des Hofes Reppelz H. Bischof Wenzler hier eingetroffen.

Petersburg, 14. Febr. Im Ministerium des Außenwärtigen verabschiedete sich der in den Ruhestand versetzte Ministergehilfe Kubastow, wobei der Minister des Aeußeren einen an Kubastow gerichteten Erlaß des Kaisers verlas. In dem Erlaß wird hervorgehoben, Kubastow habe als Ministerresident beim Vatikan seine Bemühungen auf Festigung der bestehenden guten Beziehungen zu der römischen Kurie gerichtet und sich insbesondere angestrengt, die ihm übertragenen verantwortungsvollen Verhandlungen über den Abschluß des Fischereiabkommens mit Japan zu Ende zu führen. Der Erlaß trägt die eigene Unterschrift des Kaisers: Ihr dankbarer Nikolaus.

Zur Arbeiterbewegung.

Uffen-Ruhr, 14. Febr. In den Bechen „Freie Vogel“ und „Landerholl“ verweigerten heute früh 46 Mann von der Freischicht die Einfahrt, angeblich weil ein seit 2 1/2 Jahren angelegter Steiger zu schief sei. Die Direktion erklärte den Leuten, die vorgebrachten Beschwerden an Ort und Stelle prüfen zu wollen. Nachmittags verweigerten ebenfalls 30 Mann an gleicher Stelle aus demselben Grunde die Anfahrt. Doch erscheint die Ausbehnung dieser Bewegung nicht wahrscheinlich.

Rußland und Oesterreich-Ungarn.

Wien, 14. Febr. Der Berliner Korrespondent der „N. Fr. Presse“ hatte eine Unterredung mit dem Staatsrath Vladimir von Murawjef, dem bisherigen Sekretär der russischen Volkswirtschaft in Berlin und eben ernannten Generalkonsul in Budapest. Murawjef sagte über das österreich-ungarische Bahnprojekt und die Stellung Rußlands dazu: Von einem Streikfall könne nicht die Rede sein. Das Exposé des Barons Lehrentschol war für Rußland uninteressant und dadurch sind jedenfalls Mißverständnisse eingetreten, an deren Aufklärung zwischen Wien und Petersburg gearbeitet wird. Zwar sei die russische Regierung überaus, aber die öffentliche Meinung in Rußland sei belustigt worden und dieser Empfehlung sei von der russischen Presse Ausdruck verliehen worden. Er zweifle keinen Augenblick, daß diese Mißverständnisse bald beseitigt werden und zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn Klarheit darüber herrschen werde, ob die Märzsteiger Konvention fallen oder weiter gelten soll.

Die Märzsteiger Konvention verpflichte Rußland und Oesterreich-Ungarn zur Aufrechterhaltung des status quo auf dem Balkan. Durch das Projekt aber, welches das Exposé des Barons Lehrentschol anknüpft, wird dieser Status geändert und zwar lediglich zugunsten des einen Kontrahenten, aber die eingeleiteten Verhandlungen würden bald Klarheit darüber schaffen und ließen keine Störung der vortrefflichen seitlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und Rußland befürchten.

Karotte.

Paris, 14. Febr. General Schilder telegraphiert, daß nach einem Bericht des Konsuls von Nagagan der Keffe des Kaisers Giani in Komul mit 600 Reitern und 600 Infanteristen des Aufschlammes einzog. Gleichwohl ist aber die Lage in Nagagan ruhig.

Paris, 14. Febr. Aus Belg. wird berichtet, daß die hier anwesigen Algerier an den Generalgouverneur von Algerien um Schutz nachgesucht haben, weil sie durch die revolutionären Anhänger des Schalks Kiltani aufs schwerste bedroht seien. Der Generalgouverneur möge die in Algerien wohnhaften Karolinger darauf aufmerksam machen, daß sie für alles Unheil, welches den Algeriern in Belg. widerfahren sollte, verantwortlich seien.

Paris, 14. Febr. Der Gehilfe des russischen Ministers des Aeußeren Tscharnkow, welcher einige Tage hier weilte und auch mit dem Minister Bidion eine Unterredung hatte, begibt sich heute nach dem Haag um der Königin sein Abberufungsschreiben zu überreichen.

Das österreichische Sandbahnprojekt.

Paris, 14. Febr. In Betreff des österreichisch-ungarischen Sandbahn-Projekts meldet „Reit Parisien“, daß Rußland den wirtschaftlichen Charakter der Bahnlinie anerkennen würde, aber gleichzeitig für alle Staaten, die auf dem Balkan Interesse haben, eine gleiche Behandlung fordere und Oesterreich-Ungarn ersuchen wolle, sich ihm anzuschließen, um von der Türkei die Konzessionen für folgende beide Bahnlinien zu erlangen: 1. Für eine Linie von Radujewac nach Ducigno, die die Donau mit dem Adriatischen Meer verbinden würde und gleichzeitig für Rußland, Rumänien, Serbien, Bulgarien und Italien von großem Nutzen wäre. 2. Für eine Linie von Sofia nach Ueskub, die die Bulgaren mit ihren mazedonischen Brüdern verbinde. Dies sei das russische Programm oder besser gesagt: Die russische Antwort. Man frage sich jedoch, ob die Türkei angesichts dieser drohenden Eisenbahninvasion sich nicht lieber entschließen solle, einfach sämtliche Konzessionsgesuche auf die lange Bank zu schieben.

Die Politik der Schiedsgerichtsverträge.

New York, 14. Febr. Nach einer Meldung der Tribune übersehend die Bundesregierung in Kürze dem Senat 7 neue Schiedsverträge, darunter einen mit Deutschland als Krieg für die 1. St. vom Senate annullierten Verträge, deren Ratifikation nie ausgedacht wurde.

Washington, 14. Febr. Dem Vernehmen nach enthält der französisch-amerikanische Schiedsgerichtstertrag die Bestimmung, alle Gegenstände, die vor das Schiedsgericht kommen sollen, und die Art des Verfahrens vor dem Schiedsgerichte, dem Senat zur Genehmigung zu unterbreiten. Dies beweist, daß Roosevelt tatsächlich dem Senat nachgab, der schon 1906 Verträge mit Deutschland, England und den anderen Staaten durch Abkommen ergänzte, die dem schiedsgerichtlichen Gedanken zustimmen.

Deutscher Reichstag.

□ Berlin, 14. Febr.

Am Bundespräsidenten Staatssekretär Kraetke und Unterstaatssekretär Zwele.
Der Präsident eröffnet die Sitzung um 1.30 Uhr.
In der fortgesetzten Beratung des
Kabinetts

Unterstaatssekretär Zwele auf die gestrige Anfrage des Abgeordneten Kopff zu sprechen, wenn das Gesetz über die Verbesserung der Beamtenbesoldung komme. Er (Zwele) habe bereits in der Budgetkommission erklärt, es nicht zu wissen, wann es an den Reichstag gelangen werde. An der Vorlage werde schon seit Jahren mit Ausnutzung aller verfügbarer Kräfte gearbeitet und sie sei nunmehr soweit gefördert, daß die Beratungen zwischen den Ressorts als abgeschlossen gelten dürften. Er hoffe, daß der Zeitpunkt für die Einbringung der Vorlage in nicht allzu ferne Zeit falle. Er könne hinzufügen, daß es mit der Förderung der Arbeit in den letzten 14 Tagen bedeutend vorwärts gegangen sei. Wenn der Abgeordnete Kopff weiter gefragt habe, ob eine Verzögerung der Vorlage mit Rücksicht auf Bräuen geschehen sei, so könne er diese Frage unbedingt verneinen.

Staatssekretär Kraetke erwidert auf die gestrige Anfrage des Abgeordneten Kopff betr. Telephongebührenreform, er werde auf diesen einzigen Punkt nicht eingehen, weil eine Vorlage darüber den Reichstag demnächst beschäftigen werde; möge also das Haus vorläufig jede Neuerung darüber bis zur Einbringung dieser Vorlage verabschießen. Bezüglich der weiteren Ausführungen des Abgeordneten Kopff betr. Verbesserung und Besserstellung von Assistentengruppen und der Frage der Ueberweisung von Beamtengehältern an eine Gruppe von Beamten, die billiger bezahlt werden sollen, sei dies von der Verwaltung schon seit Jahren vorbereitet und eingeführt worden. Die Verwaltung sei dazu übergegangen, die Einrichtung von gebildeten Unterbeamtenstellen durch Einführung einer Prüfung weiter auszubauen. Dieser Weg sei von allen Teilnehmern an der im Herbst vorigen Jahres abgehaltenen Konferenz der Postdirektoren als einzig gangbar bezeichnet worden.

Die Idee der Herunterlegung der Postsekretärstellen sei nicht ohne Gegnerlichkeit und die andere Idee der Schaffung einer Unterbeamtenlaufbahn werde von den anderen Gruppen mit Recht bestritten. Die Militäranwärter, die 1/4 pCt. der Betriebsbeamten ausmachten, seien keine Freunde der von der Ablegung einer Prüfung abhängigen Erlangung einer gehobenen Stellung.

Berliner Drahtbericht.

(Von unserem Berliner Bureau.)

□ Berlin, 14. Febr. Durch Verfügung des Gouverneurs von Schudmann ist am Geburtstage des Kaisers die Kriegsgefangenenschaft der Sereros aufgehoben worden. Die Sereros unterliegen nun in jeder Beziehung der Verdammung vom 18. August 1903 und den andern für die Eingeborenen geltenden Bestimmungen.

□ Berlin, 14. Febr. Auch dieses Jahr wird eine militärische Exkursion der Budgetkommission des Reichstages stattfinden. Voraussichtlich Ende März wird im Tegeler Gelände die Vorführung der Militärflugschiffahrt stattfinden und im Anschluß daran eine Aeronautenstation in ihrer Einrichtung und im Verkehr mit einer Nachbarstation besichtigt. Ferner wird auch die jährliche Feldübung für die Truppen gezeigt werden.

Die Rückfahrerte.

□ Berlin, 14. Febr. In Berliner Zeitungen ist die Mitteilung einer sächsischen Handelskammer verbreitet worden, daß die Wiedereinführung der Rückfahrkarten mit stätiger Gültigkeit auf allen deutschen Bahnen bewirkt und daß außerdem

die Aufhebung der Fahrkartensteuer in absehbarer Zeit zu erwarten sei. Demgegenüber schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“: In maßgebenden Kreisen ist von einem Plan der Aufhebung der Fahrkartensteuer nicht bekannt.

Daß eine Änderung dieser Steuer erzwungen wird, ist vor einiger Zeit vom Staatssekretär d. Reichshofkommissars im Reichstag mitgeteilt worden. Die Mitteilung von einer Wiedereinführung der Rückfahrkarten von stätiger Gültigkeit steht anscheinend im Zusammenhang mit einem kürzlich von der sächsischen Tarifkommission der deutschen Eisenbahnen gefassten Beschluß, in dem empfohlen wird, sämtlichen Fahrkarten eine Gültigkeit von vier Tagen zu verleihen. Eine Wiedereinführung der früheren Rückfahrkarten zu ermäßigten Preisen kommt selbstverständlich nicht in Betracht.

Bereinsnachrichten.

Karneval auf dem Lindenhof. Die Große Karneval-Gesellschaft Lindenhof E. V. kann wieder auf zwei Veranstaltungen zurückblicken, die Glanzleistungen der jungen Gesellschaft waren. Mit der am Samstag den 1. ds. in den reich bewirkten Lokaltäten des „Wilden Mann“ abgehaltenen „Großen Herren-Fremden-Sitzung“ hat die Gesellschaft erstmals ihren engeren Wirkungskreis — Lindenhof — verlassen und der Verlauf der Sitzung bildete somit die Feuerprobe, aus der die Gesellschaft glänzend hervorgegangen ist. Schon nach den ersten Vorträgen herrschte eine ungezwungene Heiterkeit unter den erschienenen Gästen. Eingeleitet wurde die Sitzung mit Convivialvorträgen von Herrn Jsenmann, dem nacheinander die Herren Müller (Schwabe Karte), Gläckein, Münch, Sichel, Belzer, Sakre, Keller u. Kesselheim folgten. Großen Beifall erntete Herr Buchal als „Militärfrömmel Anna“ und zusammen mit Herrn Schell, aberger als „Spuzner“. Ferner stellte sich dem „Efferrol“ die zufällig anwesende Singspielgesellschaft „Röscherlein“ zur Verfügung und führte sich mit den vorgetragenen Liedern sowie mit ihrem Komiker, Herrn Schöpp, gut ein. Der bekannte Stadtbüchler (Herr Knäbel) behandelte verschiedene Ereignisse der letzten Zeit mit vollem Erfolg. Auch die von den unerwünschten Gesellschaftsmitgliedern wieder beigezeichneten neuen Liedern verfehlten ihre Wirkung nicht; ebenso machte die zwischenhinein in humorvoller Weise vorgenommenen Deflorierung der Vertreter der zahlreich erschienenen Vereine und Stammtischgesellschaften „Stimmung“. Erst spät proklamierte der 1. Präses den Schluß der Sitzung, gleichzeitig zum Maskenball einladend, der am Sonntag, den 2. ds. Mitt. abgehalten wurde. Ueber diesen gibts nur ein Urteil: „Er war schön und gemächlich“. Schon beim nach der festgesetzten Anfangsstunde füllte sich der Saal des Lokals „zum alten Lindenhof“ derart, daß er fast zu klein erschien, aber die Leiter des Balls sorgte mit Geschick für die nötige Tanzordnung, jedoch jedes sein Tanzbein zu schwingen in der Lage war. Wie es bei Gesellschaftsmaskenbällen üblich ist, war es auch hier wieder der halbe Damentag, der sich in der Auswahl der Masken besonders angestrengt hatte. Eine besondere Ueberraschung bot der unter Anwesenheit erhaltene Eingang einer urkomisch kostümierten „Wallaben-Sänger-Gesellschaft“ vulgo „Lizawa waukau“ — Als nächste Veranstaltungen hat die Gesellschaft vorgelesen am Samstag den 16. Februar eine karnevalistische Sitzung im Lokal zur „Lindenburg“ und am Sonntag den 16. Februar die „Große Damen-Fremden-Sitzung“ im Saale des „alten Lindenhofes“, worauf ganz speziell aufmerksam gemacht sei.

Singvereins-Maskenball. Ein Vergnügen eigener Art bot am Samstag Abend der „Mannheimer Singverein“ seinen Mitgliedern und ihren Familien-Angehörigen. Eine Dampferfahrt an Bord des Doppelschrauben-Dyandampfers „Schön Ellen“ (getauft nach dem erfolgreichsten Chor des letzten Vereins-Konzerts) sollte das diesjährige Maskenfest darstellen. Die Idee war sehr gut durchdacht und feinsinnig ausgearbeitet. Die Säle des „Wallbeses“, die Anlage und Abfahrtsstelle des Dampfers, präsentierten sich festlich mit Flaggen und Wimpeln als „Verdeck“. Vom hohen Hauptmast in feemannlicher Tafelge starrte, durch elektrischen Luftstrom in Bewegung gesetzt, lustig im Wind das Banner mit dem Namen „Schön Ellen“. Auf der Kommandobrücke hielt scharfen Tones der Steuermann im Delford und Schwelger, die Hand in den Hochzeichen, das Schiff im Kurs. Um ihn gruppierten sich Kapitän und Offiziere in schmuder Uniform und hier hatte auch die Grenadier-Kapelle in hübscher Watrolen-Arbeit Platz genommen. Eine größere Anzahl Motoren in Parade-Anzug sorgte für Ordnung unter den Passagieren. Auch ein Erholungsraum für „Seefrauen“, Verkaufsstellen für Süßigkeiten, Blumen und Aufmerksamkeiten, sowie eine reich ausgestattete Tombola, deren Erlös für arme „Schiffbrüchige“ bestimmt war, fehlten nicht. Gegen 9 Uhr erteilte auf der Kommandobrücke das Glockensignal zur Abfahrt des Dampfers. Die Kapelle legte mit den wehmütigen Klängen „Maß i denn, muß i denn zum Städtele hinaus“ ein und nun nahm, bald den Abschied von der Heimat vergebend, die aus aller Herren Länder stammenden Reisenden, unter denen sich auch das siederliche Trio aus „Lampagi Vogelhuhn“ drönd, Aufstellung zur Polonaise. Der Raum war zu klein, um alle tauschigen Paare aufzunehmen; aber die Reisegesellschaft fügte sich willig den Anordnungen der diensttuenden „Mannschaft“ und erst am frühen Morgen erfolgte die Heimkehr der Teilnehmer an der glücklich verlaufenen Dyandampfer.

Der Männergesangsverein Aurelia Ivesheim wird, wie bereits gemeldet, am 8. Mai d. J. sein 25jähriges Stiftungsfest verbunden mit Gesangsweitspazier, feiern. Es stehen Geldpreise und schöne wertvolle Kunstgegenstände, u. a. der Großherzogpreis und der Gemeinderatpreis, zur Verfügung. Da sich schon zahlreiche Gesangsvereine angemeldet haben, sieht der Jubelverein einem schönen Verlauf des Festkonzertes entgegen, das in dem großen Saal der Groß. Blindenanstalt abgehalten werden wird.

Wiesloch, 11. Febr. Der Männergesangsverein Viedertranz begibt am 29., 30. und 31. August d. J. das Fest seines 50jährigen Bestehens, verbunden mit der 8. Jahresweise, sowie einem größeren Gesangsweitspazier. Die Stadt Wiesloch und in ihr vor allem der Viedertranz werden alles aufbieten, ihren Gästen den Aufenthalt zu einem schönen und genussreichen zu gestalten. Der Delegiertenrat findet am Sonntag, den 28. Juni, in dem neu erstellten Saale des Jähringer Hofes lt. Das zweite Mundschreiben, welches die näheren Bestimmungen über die Gesangsweitspazierordnung enthält, wird den Vereinen nach im Laufe dieses Monats zugehen. Es kann jetzt schon mit aller Bestimmtheit behauptet werden, daß eine größere Anzahl wertvoller Ehrenpreise zur Verfügung gelangt, und daß auch schon die ersten Schritte zur Erhaltung von Fährtenpreisen — darunter eines Kaiserpreises — gemacht worden sind. Der Viedertranz Wiesloch richtet daher an die werthen Vereine die herzlichste Bitte, seine goldene Jubelfeier durch rechte zahlreiche Beteiligung verschönern zu helfen.

Volkswirtschaft.

Die Ansichten auf dem Geldmarkte sind keine besonders günstige. Trotzdem das Ausland in den letzten Tagen in größerem Maße als Diskontkäufer aufgetreten ist, hat der Privatdiskontsatz keine Ermäßigung erfahren. Auch hat die Bank von England wider Erwarten ihren Diskontsatz in dieser Woche nicht ermäßigt.

Die Ansicht der Bank von England über die Lage der Geldmarkte ist, sind auch nicht dazu angetan, billigeres Geld zu schaffen. Wenn wir auch vorübergehend billigeren Zinssätze erhalten sollten, so glaubt man doch nicht an eine wesentliche Verbilligung.

Die Oberösterreichische Kohlenkonvention beschloß, mit Rücksicht auf die gegenwärtig noch immer gute Situation der Kohlenenergie, samt zur Hauptbahn in noch Leistungsabnahme der Gruben freizugeben. Die Verhandlungen über die Kontingentierung der Kohlenlieferungen nach den österreichischen Bahnen ergaben bisher noch kein Resultat.

(Weitere Handelsnachrichten siehe 7. Seite.)

Telegraphische Handelsberichte.

Jahresabschluss der Wertpapiere. Bei Abschreibung von 1.360.440 (gegen 795.403 im Vorj.) betrug der Reingewinn 2.136.449 (gegen 1.298.298 v. J.). Die Dividende ist wie im Vorjahre wieder auf 10 Prozent festgesetzt, während 1897 (1898 im Vorjahr) auf neue Rechnung vorgelagert werden. Die Generalversammlung soll am 11. März abgehalten werden.

Deutsche Vereinsbank, Frankfurt. Der Geschäftsbericht für 1907 führte aus, daß das Geschäft sich in engen Grenzen bewegte und die Emissionstätigkeit sich in der Hauptsache auf die wenig lohnende Vermittlung der fest verzinslichen Staats- und Kommunalanleihen beschränkte. Ein erfreuliches Bild bot das Kontoforrentgeschäft, da sich ein Nachlassen der industriellen Konjunktur im Verkehr der Bank mit verschiedenen sich immer wieder ausdehnenden Klienteln noch nicht besonders fühlbar gemacht hat. Die Dividende wird wieder mit 6 Prozent beantragt. Der Reingewinn beträgt 2.007.781 (v. J. 2.044.620).

Koburg-Gotha'sche Arbeiterschaft, Koburg. Der Aufsichtsrat hat H. Rühl, Bg., beschloßen, für das Jahr 1907 die Verteilung von 5 Prozent Dividende wie im Vorjahr vorzuschlagen. Aluminium-Industrie-Allegien-Gesellschaft, Neuhäusern. Wohl aus Anlaß einer kürzlich in Frankfurt stattgehabten Aufsichtsratsitzung der Gesellschaft hatte ein Breslauer Blatt mitgeteilt, die Dividende für 1907 werde wie im Vorjahre 26 Prozent betragen. Wie die Rühl. Bg. hört, soll die Dividende wieder in dieser Höhe vorgeschlagen werden. Es sei aber noch recht zweifelhaft, ob man sich angesichts der industriellen Lage wirklich für diesen Satz entscheiden wird. Ein Beschluß wurde überhaupt noch nicht gefaßt.

Halle a. S., 14. Febr. Der Aufsichtsrat des Halle'schen Bankvereins schlägt H. Rühl, Bg., für das nächste Aktienkapital 8 Prozent (8 1/2 Prozent) Dividende vor.

London, 14. Febr. Der „Standard“ veröffentlicht eine Kabeldepesche, die die gestern gemeldete pessimistische Schilderung der Lage in Belgien einstuft. Die Darstellung betont, daß derartige Angaben auf die Lage der letzten Monate Bezug haben müßten, als die Geldverhältnisse angespannt waren. Der „Standard“ fügt H. Rühl, Bg., hinzu, diese Meinung stimme überein mit der verschiedenen ökonomischen Bankiers in London.

London, 14. Febr. Nach dem Kabelbericht des „Ironmonger“ aus Philadelphia über den amerikanischen Eisen- und Stahlmarkt war der Markt träge. Die Exporte waren jedoch H. Rühl, Bg., etwas befestigt, was bezüglich der Zukunft des Roh Eisens und Fertigfabrikate günstig aufgefaßt wurde.

Berliner Effektenbörse.

Table with columns for stock prices and interest rates. Includes entries like 'Kassenschatz', '3% Ruff. Anl. 1902', '4% Reichsanl.', etc.

Privatdiskont 4 1/2 %

Berliner Produktenbörse.

Table with columns for commodity prices. Includes entries like 'Weizen per Mal', 'Voggen per Mal', 'Dinkel per Mal', etc.

Pariser Börse.

Table with columns for Paris stock market prices. Includes entries like '3% Rente', 'Italien', 'Spanien', etc.

Londoner Effektenbörse.

Table with columns for London stock market prices. Includes entries like 'London, 14. Febr. (Telegr.)', '4% Reichsanleihe', '5% Chinesen', etc.

Mannheimer Effektenbörse.

Am der heutigen Börse fand nur wenig Geschäft statt. Geschäft waren: Brauerei Schwarz-Aktien zu 125 Prozent und Franco, Rüd- und Rüdversicherungs-Aktien zu 542 Mark pro Stück (545 B.). Mannheimer Lagerhaus-Aktien blieben zu 92 Prozent erhältlich.

Table with columns for Mannheim stock market prices. Includes entries like 'Raffinerie', 'Eisenbahnen', 'Chem. Industrie', 'Brauereien', etc.

Frankfurter Effektenbörse.

Table with columns for Frankfurt stock market prices. Includes entries like 'Schiff-Kurse', 'Reichsbank-Diskont 6%', 'Frankfurt a. M., 14. Februar', etc.

Table with columns for Bergwerks-Aktien. Includes entries like 'Bodener Bergbau', 'Bubers', 'Cannoria Bergw.', etc.

Table with columns for Eisenbahn-Aktien. Includes entries like 'Hamb. Verbacher', 'Höhl. Nordbahn', 'Höhl. Nordbahn', etc.

Table with columns for Bank- und Versicherungs-Aktien. Includes entries like 'Bayerische Bank', 'Berg u. Metall', 'Berl. Handels-Ver.', etc.

Frankfurt a. M., 14. Februar. Kreditaktien 212.0, Staats- 144.0, Lombarden 20.8, 4% nas. Goldrente 94.50, Südbahnen 175.10, Disconto-Kommandit 175.10, Sellenischen 183.7, Darmstädter 16.2, Handelsgehilfen 159.25, Dresdener Bank 188, Deutsche Bank 235.80, Bodener 198, etc.

Marx & Goldschmidt, Mannheim.

Telegrams-Adresse: Margold, Hauptstr. Nr. 56 und 1637, 1. Febr. 1908. Provisionsfrei.

Table with columns for various companies and their shares. Includes entries like 'A.G. für Mühlenerie', 'Atlas-Lebensversicherung', 'Bayerische Feuer- und Lebensversicherung', etc.

Verantwortlich: Für Inhalt Dr. Fritz Goldbaum; für Druck, Provingen und Verlags-Verwaltung: Karl Kugel; für den Inseratenteil und Geschäftliches: Franz Kircher; Druck und Verlag der Dr. G. Haas'schen Buchdruckerei, G. m. b. H., Direktor: Ernst Müller.

Stenographischer Reichstagsbericht

des

Mannheimer Generalanzeigers

Deutscher Reichstag.

100. Sitzung, Donnerstag, den 13. Februar 1 Uhr.

Auf dem Tische des Präsidiums prangt ein herrlicher Strauß von gelben Rosen und weißen Pfingstrosen.

Am Tische des Bundesrats: Kräfte, Dr. Sydow.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die hundertste Sitzung der Tagung um 1 Uhr 15 Minuten. Die Herren Schriftführer haben, lebendwürdig, wie sie immer sind, meinen Tisch mit diesem schönen Vortell geschmückt. Ich sage Ihnen meinen Dank.

Der Juppelins-Nachtragserat.

Wird in dritter Lesung ohne Erörterung verabschiedet.

Der Postetat.

Für die allgemeine Aussprache beim Titel des Staatssekretärs legt die Resolution der Budgetkommission vor, die den Postetat für das nächste Jahr anzusetzen, und die Postetat für das nächste Jahr anzusetzen. Eine Resolution von Damm und Genossen ersucht den Reichstag die früher in Geltung gewesenen Ausnahmeartikel der Posttarif, Druckfachen, Warenproben und Reichspostpapiere im In- und Auslande wieder einzuführen.

Rechtshilfe ist Abg. von Heidelberg (nall.).

Abg. Dr. Tröcher (kon.).

Der Etat der Postverwaltung ist mit großer Vorsicht aufgestellt, einmal wegen der Finanznot, und dann wegen der geplanten Reorganisation der Postverwaltung.

Bei den Verlesungen wird eine Weisung von 6 Millionen Mark aus der Aufhebung des billigen Dispostions erzwungen. Es ist zweifelhaft, ob dieser Betrag richtig ist. Im Vorjahre erwarb man 12 Millionen Mark, jetzt hat man die Erträge dieser Sicherheit nicht veranschlagt. Man wird man sich bei der schlechten Finanzlage des Reiches doch sehr überlegen müssen, ob man diese Maßnahme jetzt wieder rückgängig macht. Die Entlastung des Reiches ist ein sehr wichtiges Anliegen. Die 60 Millionen, die für neue Leistungen gefordert werden, werden wir gern bewilligen. In der letzten Vermehrung der gebildeten Unterbeamten erwidern wir die ersten Schritte einer organischen Umgestaltung der Postverwaltung. Die für die Reorganisation des Reiches vorgeschlagenen Maßnahmen sind in der letzten Session außerordentlich sorgfältig geprüft worden. Wir wünschen eine Fortführung der Sozialpolitik der Reichspostverwaltung, aber sie muß halt machen vor den dringenden Bedürfnissen von Handel und Industrie und da haben wir Bedenken gegen die Resolution der Budgetkommission über den Postetat.

Der Redner bespricht die Personalverhältnisse in der höheren Postverwaltung, bespricht eine weitere Vermehrung der Stellen in ihrem Verhältnis zu den Durchgangsstellen, eine Vermehrung der Stellen der dienlich als Referenten überlasteten Postämter und Oberpostinspektoren, die Umwandlung geeigneter Postämter in eine Klasse in solche erster Klasse, eine wirklich selbständige Stellung für die neu geschaffenen Direktoren, denen gegenüber der Postamtsvorsteher nur der Primus inter pares sein sollte, und behandelt dann eingehend die dem Reichstag in einer Denkschrift vorgelegten Wünsche der Postdirektoren. Von ihrer Dienstreue und Amtsfähigkeit hängt die Befriedigung der Ansprüche von Handel und Industrie ab. Sie sind die wichtigsten Säulen des Postkörpers für die Abwicklung des Verkehrs, da sollte man sie auch den Postreuten vollkommen gleichstellen und ihnen noch längerer Dienstzeit den Charakter als Geheimere Postrat geben. Bezüglich der für das nächste Angekommene Wiedereröffnung der höheren Postämter äußert Dr. Tröcher Bedenken, ob dieser Postpunkt nicht zu früh gemacht ist. Er macht eine eingehende Berechnung auf, wonach die 2250 Anwärter, die am 1. April 1907 vorhanden waren, auch nach dem günstigsten Verhältnis erst in 17 Jahren in ihre Stellen eingerückt sein werden. Die Postreuten werden 7 bis 8 Jahre bis zur definitiven Feststellung warten müssen; es werde eine starke Kontraste zwischen alten und neuen Anwärtern sich ergeben. Eine Personalreform der mittleren Beamten ist schon mehrmals dem Reichstag angeregt worden. Sie soll eine Vereinfachung der mittleren Laufbahn bringen. Sie ist erwerbswert. Allerdings werden sich allerlei finanzielle Bedenken geltend machen. Nach den Mitteilungen über die neuen Beamtenverhältnisse, die in der Presse verbreitet sind, scheint es, als ob man den Wünschen des Reichstags nicht Rechnung getragen hat. Es scheint nur eine Aufbesserung von etwa 10 Prozent beabsichtigt zu sein, während eine solche von mindestens 30 Prozent für notwendig gehalten. Der Redner regt die Schaffung einer besonderen Beamtenklasse zwischen den mittleren und unteren Beamten an, zu der die gebildeten Unterbeamten gehören sollen. Er fordert eine pensionsfähige Zulage für die Postverwalter und bietet die Oberpostinspektoren und Telegraphenbetriebsräte nicht weiterhin ausschließlich zu behandeln. Die Postbetriebsräte verdienen einer besonderen Aufbesserung, besonders in Rommern, Ost- und Westpreußen, Posen und Westfalen. Auch für die Postagenten müsse besser gesorgt werden. Wenn der Staatssekretär sich seiner Beamten annehmen werde, so werde deren Dankbarkeit der schönste Lohn für ihn sein. (Beifall rechts.)

Abg. Singer (Soz.).

Das Eintreten des Verredners für die Wünsche der Unterbeamten zeigt, daß er unsere Reden aus all den Jahren mit Erfolg gelesen hat. (Gelächter.) Die Ansicht in der Frage des Dispostions für Postreuten usw. ist den Herren leider zu spät gekommen. Ein Verlehrsrecht kann nicht früh genug wieder gut gemacht werden. Ueberhaupt muß gegenüber dem Lobpreis des Reichstags festgestellt werden: eine veränderte, besserorganisierte Verwaltung als die jetzige Postverwaltung gibt es in Deutschland nicht. Nichts als Sozialismus, nur Verlehrsrecht! So auch jetzt wieder die Telephongebührenreform. Offentlich verleiht der Reichstag jetzt ein für allemal, der Reichspostverwaltung die Freiheit der Gehaltsfestsetzung zu geben.

Singer geht auf die Frage des Koalitionsrechts ein. Charaktersicht für die Auffassung des Staatssekretärs ist sein Wort aus der Budgetkommission: „Rechtsmeierei“. Die Beamten haben angeblich dieselben Rechte wie jeder andere Bürger. Der Staatssekretär hat im Laufe der Jahre eine immer härtere Haltung eingenommen, man vermisst gar nicht mehr den General an der Spitze der Verwaltung.

Singer stellt die dienstlichen Verhältnisse der oberen und mittleren Beamten mit denen der Unterbeamten in Vergleich, wies auf die Vermehrung der Stellen hin, die für diese übermäßig ausreicht und ihnen zum Teil unzulässige Löhne zahlt. Der frühere Schluß der Postetat sei an allen Wochentagen überhaupt erforderlich, im Interesse der Postbeamten und der Handhaber der Geschäfte. Auf Verlangen des Reichstags ist die Geldbestellung am Sonntag abgeschafft; die Geldbetriebe haben nun aber nicht nur die vermehrte Arbeit am Sonntag, sondern werden am Sonntag zur Bureauarbeit herangezogen. Das war nicht die Absicht des Reichstags. Singer bespricht den Fall des Postreuten Trauensargies Dr. Schellenberg in Wiesbaden, der als Postreute bei der Reichstagswahl gegen den Reichsnationalvereins sozialdemokratisch gewählt hatte und deshalb seine Stellung verlor. Das ist eigentlich eine Sache der Preussischen; ich dachte, sie würden es in der Budgetkommission vorbringen, aber Sie sind ja jetzt im Reich. (Die Preussischen rufen Singer zu: Haben wir ja schon bei der ersten Lesung getan!) Bei der ersten Lesung macht das keinen Effekt. (Gelächter.) Es ist unklar, daß die Postverwaltung sich herausnimmt, sich um die Vertretung der politischen Überzeugung eines Bürgers zu kümmern, dem verfassungsmäßigen Wahlrecht im Reich zu schaden. Nichts ist so sehr das Ansehen des Deutschen Reiches im Auslande herab. Das sind russische Zustände! Singer behauptet weiter, Beweise dafür zu haben, daß Sozialdemokraten gegenüber das Verstecknis verleiht werde. So ist ein Brief, den der frühere Reichstagsabgeordnete Plankusch an die Freie Vereinigung der Arbeiter gerichtet hat, mit einer Verpöschung von einigen Tagen in einem Zustand befristet worden, der es ersichtlich macht, daß der Brief geöffnet und dann mit einem gemieteten Papierstreifen wieder zugestrichelt war. Das ist eine Unverschämtheit sondergleichen und zugleich auch eine solenne Zumutung. Ich habe hier noch eine Reihe ähnlicher Fälle. Ich ersuche den Staatssekretär, an seine Beamten einen Erlass zu richten, daß sie sich nicht von den Schatzkassen der Polizei verleiht lassen.

Staatssekretär Kräfte:

Ich lehne es ganz entschieden ab, an die Beamten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung eine derartige Verfügung zu erlassen (Beifall rechts), weil das eine Verleumdung sein würde. (Beifall links.) Ich kann es nicht anders — um keinen härteren Ausdruck hier in diesem hohen Hause zu gebrauchen — als eine leichtfertige Verdächtigung bezeichnen, wenn der Redner keine anderen Momente angeführt hat als seine Personalverhältnisse, um zu sagen, die Postbeamten seien das Verstecknis. (Beifall links.) Das ist eine der schwersten Verleumdungen, die gegen einen Postbeamten ausgesprochen werden kann. Ich protestiere für meine familiären Beziehungen und Postbeamten gegen eine derartige Verleumdung. (Beifall.) Der Redner hat u. a. auch behauptet, die Geldbetriebe würden jetzt erheblich reichlicher erhoben, und das ist vollständig unrichtig. Es ist allgemein bekannt, daß ich kein Freund von Geldstrafen bin. Das wissen die Chefs der Provinzialverwaltungen und auch die Beamten. Die Zahl der Geldstrafen haben erheblich abgenommen. Innerhalb der letzten sechs Jahre hat eine Vermehrung der Personals um 34,9 Prozent stattgefunden. (Zuruf: Rechts!) Trotzdem ist in dem gleichen Zeitraum der Betrag der Geldstrafen um 10 Prozent gesunken. Nun der Fall Schellenberg. Ich weiß nicht, ob Dr. Schellenberg dem Verredner dafür dankbar sein wird, daß diese Angelegenheit von seiner Seite hier zur Sprache gebracht ist. (Gelächter bei den Soz.) Es ist unrichtig, daß das Verhältnis des Dr. Schellenberg zur Reichspostverwaltung wegen seiner Stimmabgabe gelöst ist. Die Reichspostverwaltung kümmert sich darum, in welcher Weise Dr. Schellenberg seine Stimme bei der Reichstagswahl abgegeben hat, gar nicht, denn es ist seine Sache. Der Fall liegt ganz anders. Es ist mir bekannt, daß Dr. Schellenberg sozialdemokratisch gewählt hat (Zuruf bei den Soz.: Woher?) — durch eine direkte Anzeige. (Zuruf bei den Soz.: Durch Denunziation!) Darauf habe ich einen Bericht eingeschickt. Der Bericht ist dahin ausgefallen, daß ein höherer Beamter mit Dr. Schellenberg gesprochen hat, wobei ihm Dr. Schellenberg gesagt hat: Ja, ich habe meine Stimme für den Sozialdemokraten abgegeben! Das ist sofort durch eine Mitteilung bekannt geworden und in die Kreise der Postbeamten hineingekommen. Es hat nun fest: solange die sozialdemokratische Partei förmlich unsere Einrichtungen gegenwärtig (Sachen und Umstände bei den Soz.) — ja wohl, meine Herren! — so lange können Sozialdemokraten als Beamte nicht gehalten werden. (Zuruf bei den Soz.: Ja ja gar kein Beamter!) — Stimmt! Das vertritt sich nicht mit dem Eid, den der Beamte geleistet hat. (Beifall rechts.) Wenn der Redner Herr Singer hat erklärt, ich sei der Vorgänger des Dr. Schellenberg, dann ist seine Rede. Mit dem Vermindestsatz schließt die Postverwaltung einen Vertrag, in dem auch die Kündigung von beiden Seiten vorgesehen ist. Dieser Vertrag ist auch mit Dr. Schellenberg geschlossen worden. Ich brauche aus meinem Herzen keine Federgrube zu machen und kann erklären, es ist mir leid, daß sich durch die Unvorsichtigkeit des Dr. Schellenberg in der Stadt die Nachricht verbreitete, er habe sozialdemokratisch gewählt. Ich beantragte die Oberpostdirektion, einen höheren Beamten zu ihm zu schicken, der ihm sagen sollte, daß es das Beste wäre, wenn er seine Stellung aufgeben würde. Das lehnte er ab, und infolge dessen blieb nichts übrig als seine Entlassung, damit bei den Unterbeamten und Beamten keine Irrungen und Wirrungen aufständen. (Zuruf bei den Soz.:) Wenn der Fall heute noch einmal vorkommen würde, so würde ich genau so handeln. (Beifall rechts, Gelächter bei den Soz.) Herr Singer hat mich nicht überzeugen können, daß meine Auffassung falsch ist. Ich kann nicht zu jedem Unterbeamten hingehen und zu ihm sagen: Dr. Schellenberg ist ein tüchtiger Arzt. Ihr dürft aus der Tatsache, daß er sozialdemokratisch gewählt hat, nicht auf sozialdemokratische Neigungen bei ihm schließen! Von seinen der Postverwaltung ist auch nicht eine Silbe über die Sache in die Zeitungen gekommen. Die Veröffentlichungen sind von Dr. Schellenberg ausgegangen.

Herr Singer hat und zum Vorwurf gemacht, daß unsere soziale Fürsorge für Beamte und Unterbeamte verschieden sei, und daß wir die Beamten bevorzugten. Hätte er die Statistik nachgesehen, so wäre er zu einem solchen Urteil nicht gekommen. Die Arbeitszeit der oberen und der unteren Beamten verschieden ist, ist selbstverständlich. Welche Tätigkeit strengt mehr an als körperliche, und es ist in der ganzen Welt so, daß die geistig tätigen Menschen nach der Zeit weniger beschäftigt sind als die körperlich tätigen. Innerhalb der letzten fünf Jahre sind zur Beschäftigung des Leistungsmannes der Beamten und Unterbeamten erhebliche Summen angesetzt worden, für die Beamten 2 066 000 Mk. für die Unterbeamten 4 400 000 Mk.; zur Durchführung des Erholungsurlaubes, an Stützpunkten

für Beamte und Unterbeamte gleichmäßig etwa sechs Millionen Mark, zur Durchführung der Sonntagsruhe an Beamte 90 400 Mark und an Unterbeamte 3 200 000 Mk. Unsere soziale Fürsorge wird also nicht verschieden abgemessen. Wir vernachlässigen die Unterbeamten nicht. Die Auffassungen des Herrn Singer teilt kein Unterbeamter. Sie sind vollständig davon überzeugt, daß die Verwaltung in erster Linie für sie wirkt. Ich habe bei meinem Amtsantritt sofort zu erkennen gegeben, daß es in erster Linie meine Aufgabe sein werde, für die Unterbeamten zu sorgen, und davon habe ich festgehalten. (Beifall.) Wir zahlen keine schlechten Löhne. Wenn Herr Singer uns hier eine schlechte Statistik vorgeführt hat, so kommt das daher, daß er die Ausschüsse, die nur zwei bis drei Stunden täglich beschäftigt werden, nicht besonders berücksichtigt hat. Die Sonntagsruhe bringt die Notwendigkeit solcher Ausschüsse mit sich. Dadurch geht der Durchschnitt zurück. In Wirklichkeit zahlen wir 21 bis 22 übliche Löhne. Mehr ist nicht nötig. Was die Geldbestellungen anlangt, so werden die Vorteile, die durch die Aufhebung der Sonntagsbestellung sich ergeben haben, auf das ganze Personal verteilt. Wunderbar ist es mir — aber eigentlich sollte ich mich bei Herrn Singer nicht darüber wundern — daß er mich als rückständigen Menschen bezeichnet. Er sagt einfach zu mir: Du bist doch für den Verkehr da und sorgst nicht dafür; wir machen mit Dir sehr schlechte Erfahrungen; wenn Du mit einer Reform kommst, so gibst immer eine Verteilung. Ich habe mich mit dem Handelstag, dem deutschen Landwirtschaftstag, dem Handwerkstag und den Industriellen in Verbindung gesetzt. Ich habe mir viel Urteil erworben, mehr kann ich nicht tun. Es entspricht ganz meinen Wünschen, wenn dort, wo die Verhältnisse es gestatten, die Postämter früher geschlossen werden. Ich muß mich aber nach den Verhältnissen des Verkehrs richten. Ich möchte bei derartigen Wünschen aber davor warnen, sich auf bestimmte Tage festzulegen, für die ein früherer Schluß nicht gemacht wird.

Ob der Abg. Tröcher so ganz genau über die Verhältnisse der Postbeamten unterrichtet ist, weiß ich nicht. Ganz im Interesse der Beamten möchte ich die Herren davor warnen, gleich immer alles zu verunglimpfen. Es wäre ja sehr einfach, alle Wünsche der Beamten zu erfüllen, es muß aber in erster Linie entscheidend sein, ob wirklich ein Bedürfnis vorliegt. Ich kann nun nicht mit einem Male sagen, weil so und so viele Beamte daran interessiert sind, müssen wir so und so viel Geld aus der Staatskasse machen. Wer hat nicht in jüngeren Jahren Wünsche gehabt, die man später in höherem Alter und in einer höheren Stellung, von der man das Ganze überblicken kann, später ganz anders beurteilt! Darum verunglimpfen Sie nicht jeden Wunsch, der an Sie herantritt! Die neuen Anwärter für die höhere Postbahn haben gar keinen Vorzug, unzulässig zu sein. Die Beamten werden in höhere Stellen befördert, wenn sie den Anforderungen genügen, ihre Examina gemacht haben und sich in ihrer ganzen Tätigkeit für höhere Stellen geeignet gezeigt haben. Es wird keine Stelle einfallen, gute Beamte nicht zu befördern; man wird immer zufrieden sein, es tun zu können. Die Annahme von neuen Anwärtern wird sich natürlich in Grenzen halten. In Bezug auf die gebildeten Unterbeamten kann man sagen: alles, was man tun, ist falsch. Erst ist kein Examen gefordert worden, jetzt heißt es, das Examen ist nicht nötig. Jedenfalls liegt es nicht in der Absicht der Verwaltung, die früher gebildeten Unterbeamten und die späteren, durch eine Prüfung in diese Stellen kommen, differenzieren zu behandeln; sie werden alle gleichmäßig behandelt.

Abg. Reuß (freil. Sp.):

Das Material des Abg. Singer für die Verlesung des Briefes ist mir nicht bekannt. Ich würde mich für die Verlesung des Briefes sehr bedauern, wenn ich nicht weiß, daß das Material für die Verlesung des Briefes nicht bekannt ist. Ich würde mich für die Verlesung des Briefes sehr bedauern, wenn ich nicht weiß, daß das Material für die Verlesung des Briefes nicht bekannt ist. Ich würde mich für die Verlesung des Briefes sehr bedauern, wenn ich nicht weiß, daß das Material für die Verlesung des Briefes nicht bekannt ist.

Herr Singer hat nur unerkennbar an der Verwaltung gefanden. Die Verantwortlichkeit erfordert, ihr Verhalten auf dem internationalen Reichspostkongress zu loben. Aber dieses steht nicht im Einklang mit ihrem Verhalten im inneren Verkehr, das Verteuerung und Verkehrserschwerung bedeutet. (Sehr wahr!)

Der Redner bietet eine Einführung der auf dem Weltkongress beschlossenen Antizipationsmaßnahme auch im Verkehr mit Südamerika, und, solange Bayern der Einführung einer Antizipationsmaßnahme Widerstand leistet, auch für den Verkehr mit Bayern, um es zu ermöglichen, Briefen nach Bayern das Rückporto belegen zu können.

Dem Bedauern Singers über die zu späte Ansicht in Bezug auf das Dispostionsrecht ist mir an mit einer Zurückhaltung auf die Zeit der Aufhebung der Dispostionsrechte. (Sehr gut!) Das, was man es gerade die Herren Sozialdemokraten, die alles daran setzen, den Postreuten den Gehalt zu machen. Wie hat Eugen Richter Sie gewarnt: Sie würden es später nicht verhindern können, wenn aus Nationalen Gründen die Postgebühren dann wieder erhöht würden! Damals haben Sie ihn als Ungläubigen verachtet; nun, unser Führer Eugen Richter hat sich noch stets als besserer Prophet gezeigt, als der Führer der Sozialdemokratie. Trotz der Mißerfolge bei der Erhebung der Tarife, trotz der großen Enttäuschungen für das wirtschaftliche Leben, scheint man aber auf diesem Wege weiterzugehen zu wollen durch die Erhebung der Fernspreckgebühren. Die Nationalkongresse soll befristet werden, und an ihre Stelle soll eine gestaffelte Grundgebühr und Bezahlung jedes einzelnen Besprechens treten. In der Denkschrift heißt es, diese sogenannte Reform sei durch Resolutionen des Reichstags veranlaßt worden. Der Herr hat aber die Sache ganz anders gebracht. Die Verteuerung der Benutzung des Telefons wird ganz erheblich sein. Bei zehnmaliger Benutzung täglich erhöht sich die Gebühr von 150 auf 250 Mark, das sind 40 Prozent mehr, bei sechsmaliger Benutzung auf 334 Mark, das sind 85 Prozent mehr. (Zuruf: Dort links!)

Der Verband der Berliner Spezialgeschäfte hat die durchschnittliche Benutzung des Fernsprechers statistisch festgestellt.

Es hat sich eine Durchschnittsbemessung von 40 Gesprächen ergeben. Danach würde dann ein Angehöriger dieser Spezialgeschäfte zu zahlen haben 480 Mk. für Einzelgespräche und außerdem noch die doppelte Grundgebühr 200 Mk. Das ergibt einen Gesamtbetrag von 680 Mk. (Hört, hört!) Das ist eine Verzehnerung um 285 Prozent. Der gewerbliche und kaufmännische Mittelstand würde auf schwerste durch eine derartige Reform getroffen werden. Es wird gesagt, die Telephonhörscher können sich die Vergrößerung des Telephons von anderer Seite mit 10 Pf. pro Gespräch vergüten lassen. Kolonialwarenhandler, Blumenhändler, Lebensmittelhändler und nicht zuletzt Gastwirte können dies nicht tun, sonst verlieren sie ihre Kundschaft. 20 Prozent der Anrufe sollen nach der Denkschrift unnützlich sein. Glaubst du denn, dass diese unnützen Anrufe durch die Reform beseitigt zu werden? Praktische Gründe sollen auch nicht mit sprechen. Eine Million soll die Reform nur mehr einbringen. Und wegen dieser einen Million eine derartige Erschöpfung des Verkehrslebens! Erschöörungen des Verkehrslebens haben immer Einnahmeausfälle gebracht, dagegen Erleichterungen im Verkehrsleben immer eine Einnahmestärkung. Die Reform trägt einen durchaus kleinen Charakter (Sehr richtig! links), der nicht vereinbar ist mit den hohen Aufgaben der Volkswirtschaft als Pflanzstätte und Förderin des Verkehrs- und Wirtschaftslebens.

Kann zu den Beamtenfragen. Auch ich frage: Wie steht es mit dem Beamtenbesoldungsgezet? Wann geht es dem Reichstag zu? Die Urrede draußen in der Beamtenkammer ist ganz berechtigt. Sie warten seit Jahren auf die veriprobene Gehaltssteigerung. Der Zweck erklärte in der Kommission, die Reichsregierung habe selbstverständlich ein Interesse daran, die Besoldung hoch fest zu machen. Diese Ansicht ist mir wenig willkommen. Geht es nicht um die Besoldung, sondern um die Minderleistung auf die Beamten, so folgen wir dem Reichstag das Gesetz nicht eher zugehen lassen, bis nicht die volle Harmonie mit Preußen hergestellt ist? Wir haben im Reich keine Verantwortung, Rücksicht auf Preußen zu nehmen. Es zeigt sich wieder, wie unrichtig das Wort ist: Preußen in Deutschland voran. (Weißt links.) Wenn wir keine Rücksicht auf Preußen nehmen, so folgen wir damit einem sehr hohen Vorbild. Wir folgen dem Reichstag, der ja auch den preussischen Ministerpräsidenten seine eigene Politik treiben läßt, wie wir zu unserem schmerzlichen Bedauern erst gestern und vorgestern im preussischen Abgeordnetenhaus aus den Erklärungen des Ministers Quelle entnehmen mußten. (Sehr richtig! links.)

Die Ausführungen des Kultusministers haben nicht nur in allen liberalen Kreisen Deutschlands, sondern auch bei den Freisinnigen

eben das tiefste Bedauern hervorgerufen. Wenn Preußen nicht Rücksicht nimmt auf das Reich, dann braucht sich auch das Reich nicht um Preußen den Kopf zu zerbrechen. (Weißt links.) Wir hoffen, daß das Beamtengezet ohne Rücksicht auf die neue Finanzreform noch vor Ostern dem Reichstage zugeht. Wenn das Geld nicht vorhanden ist, dann muß man die Patrimonialbeiträge erhöhen. Und haben die Einzelstaaten kein Geld, dann mögen sie sich es fuchen lassen. Vielleicht lassen sich dann die steuereigenen Finanzminister der Einzelstaaten schon durch das Vorhandensein der Schuld eher zu direkten Reichsteuern veranlassen. Der Redner behauptet, daß die Konserativen sich verschiedenen Beamtenkategorien gegenüber schon schriftlich auf gewisse Gehaltsätze gebunden hätten. Läßen die Freisinnigen das, so würde man gleich von einem demagogischen Gesahren sprechen. (Sehr richtig! links.) Sehr richtig ist die Frage der Personalreform. Dieses ewige Experimentieren hat zu Enttäuschungen und zu einem gut Teil berechtigter Unzufriedenheit in den betroffenen Beamtenkreisen geführt. Auf die höhere Laufbahn wird Geduld näher eingehen, aber ich erkläre schon jetzt, wie wünschen, daß die bisherigen Beamten durch die Personalreform nicht etwa irgendwie in ihren Rechten, ihrem Range und in ihrem Titel zurückgesetzt werden. (Zustimmung.) Die Erklärung des Staatssekretärs, daß jede ungleiche Behandlung vermieden werden soll, befreit ja zum Teil die Besoldungen, aber ich fürchte, ich fürchte, in späteren Jahren wird doch die Scheidung zwischen den Postbeamten mit dem dreijährigen Studium und den anderen kommen. Berechtigt sind die Wünsche der Beamten, die im Rundschreiben und in der Denkschrift ausgeteilt sind. Bei ihrer Audienz soll der Staatssekretär ihnen geklagt haben, die Information der Reichstagsabgeordneten sei wohl ihr gutes Recht, aber dann habe er ihnen nicht mehr zu sagen. (Hört! hört!) Das ist ein Fall, der uns alle gleichmäßig hier im Reichstage interessiert. (Sehr wahr!) Wir haben alle Ursache, diese Stellungnahme des Staatssekretärs zurückzuweisen. (Weißt.) Die Beamten haben das Recht, an uns heranzutreten, und wir haben das Recht und die Pflicht, ihre Darlegungen und Wünsche entgegenzunehmen. (Weißt.) Nur so können wir uns über die hunderte von Beamtenkategorien informieren, und diese Rücksprache mit Abgeordneten ist auch ein Sicherheitsbedeutung, daß die Unzufriedenheit im Stillen weiterkriecht. (Weißt.)

Der Staatssekretär hat den Eieben bei der Audienz es gewissermaßen zum Vorwurf gemacht, daß sie sich auf den Verband der deutschen Post- und Telegraphenbeamten berufen hätten, also auf eine nachgeordnete Beamtenkategorie. Gerade diese Einmütigkeit in der Beurteilung der Frage ist ein erhellendes Zeichen. Der Kassengeist und die Beförderung nach Stufen hat in der Postbeamtenkategorie schon viel zu weite Fortschritte gemacht. Ich habe eine Mitteilung erhalten, daß der Staatssekretär die "Blätter für Post und Telegraphie" als ein unanständiges Blatt

bezeichnet hat und daß er im Hinblick daran den Beamten erdrei haben soll, daß, wer die Zeitung halte, auf Beförderung nicht zu rechnen habe. (Hört! hört!)

Den Unterbeamten ist es nicht gefallen, Verbände über das ganze Reich zu bilden. Das ist ein Fehler. Sie haben gemeinsame wirtschaftliche Interessen an gemeinsamen Kassen. Aber wir wollen ein Organisationsrecht, aber nicht ein Streikrecht für die Beamten. Das Wohl des Ganzen muß die Grenze bleiben für die Bestrebungen der Beamten. Die Erfahrungen der letzten Jahre in Oesterreich-Ungarn, Italien und Rußland haben uns darin nur bestätigt. Aber die Beamten denken in ihrem Pflichtbewußtsein auch gar nicht daran.

Kapfch erklärt sich namens der Freisinnigen gegen die Resolution über den Gehaltsschluß. Die Post hat in erster Linie dem Handel und Verkehr zu dienen, Schalkonsieren ist da unheilvoll. Dem vom Abg. v. Camp eingebrachten Antrag über die Einführung von Osmarkeulgulagen können wir in dieser Form nicht zustimmen. Wir wollen den Beamten ihre Verdienste in den gemeinschaftlichen Provinzen vergüten, darüber hinaus nicht. Hoffentlich gelingt es, dem Antrag eine Fassung zu geben, die unsere Bedenken beseitigt. Der Resolution der Wirtschaftlichen Vereinigung über das Disporto werden wir zustimmen, fürchten aber, daß sie nicht die Mehrheit findet. Wir behalten uns vor, einen Antrag einzubringen auf Ermäßigung des Wertes der Dispostofaktoren auf 3 Pf. Damit werden die finanziellen Bedenken erledigt.

Staatssekretäre Krawalle: Bei der Audienz der Postdirektoren habe ich ganz am Schluß erfahren, daß sie die Sache für die Abgeordneten drücken lassen wollten, und da sagte ich: Wenn Sie Ihren Chef um Audienz bitten, dann müssen Sie auch das Vertrauen zu ihm haben, und das haben Sie nicht, wenn Sie gleichzeitig eine Aktion bei den Abgeordneten machen. (Schaffner Widerpruch.) Ja, wohl, das nehme ich für mich in Anspruch. Ich bin jedem Beamten zugänglich und höre seine Wünsche an. Jeder hat das Recht, sich an die Abgeordneten zu wenden, aber nicht gleichzeitig, wenn er mich um Audienz ersucht. (Schaffner Widerpruch, Aufse: Warum nicht?) Das ist meine Auffassung. (Lachen.) Bei der Audienz der Postsekretäre habe ich deshalb von Anfang an schon danach gefragt. Der Staatssekretär äußert sich über die Bestrafung des Redakteurs der "Deutschen Postzeitung". In einem Organ für 24 000 Beamte darf der Chef der Verwaltung nicht herumgeschimpft und groß behandelt werden. Das dulde ich nicht. Ich möchte bitten, daß Sie recht vorsichtig sind und nicht doch beitragen, die Disziplin zu untergraben. Ich bin kein Freund von Strafen, wenn ich aber strafe, strafe ich streng. Spielen lasse ich nicht mit mir.

Weiterberatung Freitag 1 Uhr. Schluß 6 1/2 Uhr.

Volkswirtschaft.

W. Frankfurter Hypotheken-Kredit-Verein. Nach dem um vorliegenden Geschäftsbericht verlief trotz der überaus ungünstigen Geld- und Börseverhältnisse das Geschäftsjahr 1907 befriedigend. Der Reingewinn an beziffert sich bei einem Aktienkapital von 15 Millionen Mark auf Mark 2 061 101,50, der wie folgt Verwendung finden soll: Zur Dotierung des Pfandbriefkapitals zu verwenden Mk. 355 184,69, so daß verbleiben Mk. 1 705 916,81; hiervon 4 Prozent auf Mk. 15 000 000 Aktienkapital Mk. 600 000, so daß verbleiben Mk. 1 105 916,81. Hieraus abzüglich Mk. 200 296,28 Gewinnvortrag die Aufsichtsrats-, Direktions- und sonstigen vertragsmäßigen Tantiemen Mk. 202 227,50; 4 Prozent Superdividende auf Mk. 15 000 000 Mk. 600 000; dem Beamten-Pensionsfonds Mk. 20 000, so daß als Gewinnvortrag per 1908 verbleiben Mk. 273 709,31. Die Referenzen betragen nach Annahme der Direktionsvorschlüge: a) Reservefonds: Die ordentliche Reserve beläuft sich auf Mk. 4 420 000 und überschreitet damit die statutarische Grenze von 20 Prozent des Grundkapitals von Mk. 15 000 000 - Mark 3 000 000 um Mk. 1 420 000; b) Disagio-Reservefonds-Konto Mark 450 000; c) Pfandbriefkapital Mk. 904 835,81, dazu aus 1907 Mk. 355 184,69 = Mk. 1 260 000; d) Immobilien-Reserve-Konto Mk. 170 000; zusammen Mk. 6 390 000, gleich 42,6 Prozent des Grundkapitals bzw. einschließlich Gewinnvortrag 44,42 Prozent.

Deutsche Vereinsbank in Frankfurt a. M. In der gefrigen Plenarsitzung des Aufsichtsrates legte die Direktion die Bilanz pro 1907 vor, welche nach sehr reichlichen Rückstellungen einen Reingewinn von 2 007 781 Mark (i. V. 2 044 620 Mk.) ausweist. Es wurde beschlossen, der auf den 5. März ds. Js. einberufenen Generalversammlung u. a. vorzuschlagen, wiederum eine Dividende von 6 Prozent gleich 96 Mark per Aktie (wie seit Jahren) zur Verteilung zu bringen. Auf neue Rechnung würden also dann rund 287 000 Mark (im Vorjahre 170 000 Mk.) als Vortrag verbleiben.

Zwirner- und Nähmaschinenfabrik Göppingen. Die Bilanz der Gesellschaft pro 31. Dezember 1907 weist, einschließlich 203 414 Mark (212 729 Mk.) Vortrag, einen Reingewinn aus von Mark 1 413 502 Mk. (1 179 419 Mk.). Der auf den 7. März einberufenen Generalversammlung wird, wie schon gemeldet, die Verteilung einer Dividende von 2 1/2 Prozent b. i. 500 Mk. pro Coupon (wie i. V.) auf das 1/2 Mill. Mark betragende Aktienkapital vorgeschlagen.

Bayerische Handelsbank. Genehmigt wurde, daß die Bayer. Handelsbank in München innerhalb der gesetzlichen und jahresmäßigen Maximalgrenze des Pfandbriefumlaufes nachstehende zu 4 Prozent verzinsliche Hypothekendarlehen auf den Inhaber, eingeteilt in Stücke zu 5000, 2000, 1000, 500, 200 und 100 Mark, nämlich: 1. unverlosbare, vom Ausstellungsstichtage innerhalb 7 Jahre fällbare, jedoch vor Ablauf von 10 Jahren nicht rückzahlbare Hypothekendarlehen im Betrage von 10 Millionen Mark, 2. verlosbare, vom Ausstellungsstichtage innerhalb 60 Jahren fällbare Hypothekendarlehen im Betrage von 5 Millionen Mark in den Verleihen bringe.

Die Braunschweigische Bank- und Kreditanstalt A.-G., die im Jahre 1906 aus der Fusion der Braunschweigischen Bank mit der Braunschweigischen Kreditanstalt hervorging, erzielte laut Geschäftsbericht bei einem Gesamtumlauf von 1 582 445 558 Mark (1 505 529 646) einen Reingewinn von 1 239 436 Mk. (1 140 103 Mk.). Davon werden zur Auszahlung der Dividende von 6 1/2 Prozent (6 Prozent i. V.) 975 000 Mk. (800 000 Mk.) verwendet. Auf neue Rechnung werden vorgetragen 13 229 Mk. (-). In der Bilanz figurieren unter den Aktiven Kassa mit 566 440 Mk. (245 288 Mk.) Wechsel mit 10 860 901 Mk. (9 988 423 Mk.), Lombardforderungen mit 875 739 Mk. (747 547 Mk.), Wertpapiere und Konportialgelder schäfte mit 1 308 140 Mk. (1 622 908 Mk.), Beteiligungen mit Mark 1 288 000 (-), Debitoren mit 20 833 633 Mk. (22 023 630 Mk.). Unter den Passiven figurieren u. a. der Betrag der noch umlaufenden Noten der früheren Braunschweigischen Bank, der sich von 66 300 Mk. bis auf 33 000 Mk. verringert hat, ferner Kreditoren im Betrage von 9 865 096 Mk. (10 860 261 Mk.), Depositen mit 8 806 319 Mk. (7 156 283 Mk.).

Das Thomsophosphat-Syndikat wird nach Angaben einiger Blätter wegen des starken Rückganges der Rodenproduktion auf den Stahlwerken die Verkaufspreise erhöhen, und zwar einschließlich verschiedener Nebenverteilungen. Hieraus wird eine Steigerung des Kalialabehes erwartet.

Verband deutscher Rohrgieereien. Wie die Nr. 3-3 meldet, haben sich in Düsseldorf unter Führung der Mannesmann-Röhrenwerke sämtliche deutschen Rohrgieereien zu einem Verbandsvereine zusammengeschlossen, um die außerordentlich schlechte Lage dieser Industrie zu verbessern. Der Verlauf der Verbandsarbeiten erfolgt ab 15. Februar ausschließlich durch die Verkaufsstelle des Verbandes für fast georgene Rohre G. M. B. H. in Düsseldorf. Der Verband, dem 17 Werke angehören, läuft vorläufig 2 1/2 Jahre und kann nur gelöst werden, wenn ein neues Konfurrenzverhältnis entsteht.

Die Oesterreichische Länderbank hat von ihrem Besitz an amerikanischen Wertpapieren, an welchen große Verluste erlitten wurden, mehr als die Hälfte veräußert. Die Dividende der Länderbank wird voraussichtlich 4 Prozent bei gänzlicher Abschreibung dieses Verlustes betragen (i. V. 0 1/2 Prozent).

Mägen-Darm-und Zuckerkranken. Günther's Aleuronatgebäck. Wer sich für eine geeignete Ernährung interessiert erhält Dr. H. Schlieffers wissenschaftl. Abhandlung e. kostenlos. F. Günther Altonaer Gebäckfabrik Frankfurt am Main. Hohebeckerstr. 11. Altona. Preis 10 Pf.

Geolin. Bestes Metall-Putzmittel. Chemische Fabrik Düsseldorf. Vertretter: Rud. Krieger, Mannheim, L. 12, 12. 7194

Restaurant Friedrichsbau. Friedrichsplatz 12 Tel. 764 unter den Arkaden. Morgen Samstag: Schlachtfest. Morgens: Weineis. Abends: Wurstsuppe, Würste, Schweinspfote und Schlachtplatten. Hierzu laßt köstlich ein: Gottl. Striffler. 77848

Restaurant „Pergola“ Samstag, den 15. Februar Kappen-Abend mit Streichorchester. 77877

Fr. Hoffstaetter. Louisenring 61 Telefon 561. Louisenring 61 empfiehlt in bester Qualität alle Sorten. Ruhrkohlen, Ruhrkoks, Gaskoks, Anthracit-Eiform, Stein- und Braunkohlen-Briketts, sowie Taunen- und Buchenholz zu den billigsten Tagespreisen. Bestellungen u. Zahlungen können auch bei Fr. Hoffstaetter in T. G. 54, 1 Tr. gemacht werden.

Holz-Verfeinerung. Das in District II Genarung Käferthäl ausgebreitete Dürchholz bestehend in: 906 Eiser fort. Scheit und Brühlholz und 707 Scheit vorlesen Wellen sowie 2414 Stück forstener Reiser aus Rotlung 15 u. 7 Genarung Sandhofen messen an: Dienstag, 15. Februar 1908 morgens 9 Uhr beginnend im Rathenow Sandhofen gegen Vorzahlung vor der Kabinen Inspektion öffentlich veräußert. 4024. Ankauf erteilt Waldbauamt Serbel, Sandhofen. Wannheim, 12. Febr. 1908. Evangelische Kolatur.

Todes-Anzeige. Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschluss gefallen, unsere innigstgeliebte, teure Mutter, Schwiegermutter und Grossmutter 77356 Maria Cäcilie Roth im Alter von 64 1/2 Jahren nach langem, schweren Leiden, wohlversehen mit den heiligen Sterbesakramenten, in die Ewigkeit abzurufen. Wir bitten der Verstorbenen im Gebete zu gedenken. Mannheim (S. 2, 1), 14. Februar 1908. Die trauernd Hinterbliebenen: Franziska Grau geb. Roth. Anton Grau nebst Kindern. Die Beerdigung findet Sonntag 14. 4 Uhr von der Leichenhalle aus statt.

Unterricht. Möbl. Zimmer. D1, 4. St. eleganz möbl. im. mit Balkon u. 1. ober 16. Febr. i. u. 57028. D2, 14 möbl. im. separ. Eingang zu veräußern. 5428. C3, 4 2 Zimm. eleganz möbl. im. mit Balkon u. 1. ober 16. Febr. i. u. 57028. C4, 15 herrsch. gut möbl. im. mit Balkon u. 1. ober 16. Febr. i. u. 57028. C4, 20/21 1 St. Abteil. u. gut möbl. im. mit Balkon u. 1. ober 16. Febr. i. u. 57028. C7, 15 part. 1. ober möbl. im. mit Balkon u. 1. ober 16. Febr. i. u. 57028. C8, 18 2 St. u. möbl. im. mit Balkon u. 1. ober 16. Febr. i. u. 57028. D6, 13 2 St. u. möbl. im. mit Balkon u. 1. ober 16. Febr. i. u. 57028.

